Zum Wahlprogramm der SPD Seite 3 1 H 3752 CX
Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 29 vom 18. Juli 1980 14. Jahrgang 1 DM

19. Juli bis 3. August

Auf zum IV. Internationalen Jugendlager

Am Samstag, den 19. Juli gegen 20 Uhr wird das IV. Internationale Jugendlager in Thiergarten bei Trier feierlich eröffnet. Jugendliche aus über 18 Nationen werden zwei Wochen lang bei hoffentlich schönem Wetter im Hunsrück verleben.

Das Lagerprogramm hat drei Schwerpunkte, die in jeweils drei Großveranstaltungen ihren Ausdruck finden.

Am Mittwoch, den 23. Juli findet abends ein Tribunal gegen Jugendarbeitslosigkeit statt, am Sonntag, den 27. Juli trifft sich die Jugend aller Länder zu einer „Stoppt-Strauß-Veranstaltung", auf der auch der Bundesvorsitzende der VOLKSFRONT, der IGM-Vertrauensmann Eike Hemmer sprechen wird. Am Mittwoch, den 30. Juli schließlich wird es abends eine große Antikriegsveranstaltung geben, auf der auch der Vorsitzende der KPD, Genosse Ernst Aust, das Wort ergreifen wird.

Eine Lagerolympiade geht dann am Freitag, den 1. August über die Bühne. Welche Arbeitsgruppen und Diskussionskreise es darüber hinaus noch gibt, erfährt man bei der Lagerleitung am Informationsstand.



Kultur wird während der 14 Tage in Thiergarten ganz groß geschrieben. Polit-Rock-Gruppen, Chormusik von Eisler, internationale Songgruppen, interessante Filme, für jeden Geschmack ist etwas dabei.

Besonders gespannt darf man auf die Jugenddelegation aus dem sozialistischen Albanien sein. Die jungen Genossen aus Albanien werden viel aus ihrer reichen revolutionären Erfahrung zu erzählen haben, die sie im Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für den Sozialismus, gewonnen haben.

Wen wundert es, daß das IV. Internationale Jugendlager auch die politische Reaktion auf den Plan gerufen hat. Nachdem die örtliche CDU-Organisation vergeblich versucht hatte, den Campingplatzbetreiber unter Druck zu setzen, zieht man nun juristische Register. Mit fadenscheinigen Argumenten will man das im Zeichen der Völkerfreundschaft stehende Lager verbieten lassen (siehe auch Seite 2). Wie dem auch sei, das Jugendlager wird stattfinden.

Wir wünschen ihm einen vollen Erfolg!



Mehr Lehrer forderten diese Hamburger Schüler auf einer Demonstration von 2000 Lehrern, Schülern und Eltern am 2. Juli. Am 4. Juli wurde ein Unterrichtsboykott organisiert. Die Proteste richteten sich gegen die beabsichtigten Unterrichtskürzungen der Hamburger Schulbehörde zu Beginn des nächsten Schuljahres am 1. August 1980: 187 Lehrerplanstellen bzw. 3400 Schüler hat die Hamburger Schulbehörde bei ihrer Lehrerbedarfsplanung einfach „vergessen". — Inzwischen haben Lehrer, Eltern und Schüler einen ersten Teilerfolg errungen. Als Sofortmaßnahme wurde die „Lehrerfeuerwehr" um 20 Stellen aufgestockt; die Mittel für 100 weitere Lehrerplanstellen sollen zur Verfügung gestellt werden.

Wohnungsmisere

Es fehlen über eine Million Wohnungen

Die Folgen der katastrophalen Wohnungspolitik werden immer drastischer spürbar. In der Bundesrepublik hat nach Angaben des deutschen Mieterbundes die Zahl der fehlenden Wohnungen jetzt die Millionengrenze überschritten. In einzelnen Städten suchen bereits über 20000 Familien eine Wohnung. In Bochum werden Studenten in Zelten untergebracht.

Anstatt den Wohnungsbau anzukurbeln, schränkt jedoch der Staat ihn ein. 1979 wurden im staatlich geförderten Wohnungsbau im Vergleich zum Vorjahr 25000 Wohnungen weniger gebaut: Das ist ein Rückgang von 18,7 Prozent.

Der Chef der DGB-eigenen Unternehmensgruppe Neue Heimat, Albert Vietor, einer der Bosse des westdeutschen Wohnungsbaus, nannte als Grund für die Wohnungsmisere, daß für anlagesuchendes Kapital der Wohnungsbau nicht mehr rentabel sei: Damit gestand er kaltschnäuzig ein, daß in dem kapitalistischen System der BRD einzig der Profit zählt — die Lebensinteressen der Werktätigen sind egal.

Indessen wehrt sich — wie zum Beispiel in Freiburg — die Bevölkerung mit Hausbesetzungen und Wohnungskämpfen zunehmend gegen die sich verschlimmernden Zustände. Die menschenfeindlichen Operationen der Wohnungsbosse können teilweise nur noch unter massivem Polizeischutz durchgeführt werden.

Diese Woche

Redaktioneller Hinweis
Aufgrund der Urlaubssituation erscheint der „Rote Morgen" für ca. zwei Monate mit zwölf Seiten.

Maulkorburteil gegen Kommunistin

Die Wahrheit kostet 500 000 Mark

NÜRNBERG. — Als Franz Josef Strauß zum Kanzlerkandidaten gekürt wurde, verbreitete die KPD in ganz Westdeutschland ein Flugblatt, das vor dem Machtantritt des Bayern warnte und eine Verstärkung des Kampfes gegen Reaktion, Faschismus und Krieg forderte. Damals ließ Franz Josef Strauß einzelne Textabschnitte per einstweiliger Verfügung gegen die presserechtlich verantwortliche Genossin des Flugblattes verbieten.

Die Genossin — Verena Weißbecker aus Herne — ging gerichtlich gegen die einstweilige Verfügung vor. Im Oktober wurde ihr Widerspruch vom Landgericht Nürnberg abgewiesen, vor kurzem bestätigte das Nürnberger Oberlandesgericht endgültig die einstweilige Verfügung. Somit bleibt der Genossin Verena Weißbecker weiterhin verboten, folgende Äußerungen öffentlich zu verbreiten:

- **„Stoppt Strauß, verhindert ein neues '33!"**
- **„Wer Strauß wählt, wählt Reaktion, Faschismus und Krieg!"**
- **Ferner darf Strauß nicht als der „Hitler von heute" bezeichnet werden.**

Verstößt Verena Weißbecker gegen das Urteil, wird ein Ordnungsgeld in Höhe von 500000 Mark fällig, ersatzweise sechs Monate Haft.

Für die Genossin Verena Weißbecker ist es mit dem Urteil der Nürnberger Gerichte teuer geworden, die Wahrheit über den Kanzlerkandidaten der Unionsparteien zu verbreiten. Gleichzeitig ist das Urteil der westdeutschen Klassenjustiz ein Versuch, der KPD und ihrer Jugendorganisation einen Maulkorb umzuhängen. Des weiteren spekuliert man durch solche und ähnliche Urteile darauf, die Demokraten und Antifaschisten in unserem Land einzuschüchtern und zum Verstummen zu bringen.

Heute noch sind Urteile dieser Art kaum zu verhindern. Die Wahrheit über Strauß zu sagen, kann uns jedoch niemand verbieten.

Neue Terrorwelle

Faschistisches Massaker in der Türkei

TDKP organisiert Widerstand

ANKARA. — Die faschistischen Banden in der Türkei unternahmen in der vergangenen Woche ihre blutigsten Angriffe gegen das Volk seit dem Massaker von Karamanmarasch, bei dem im Dezember 1978 über 100 Menschen ermordet wurden. Dieses Mal war es die nordöstlich von Ankara gelegene Stadt Corum, die von schwerbewaffneten Faschisten überfallen wurde.

Die Terrorbanden hatten alle nach Corum führenden Telefonleitungen gekappt. Dann drangen sie mordend und sengend in die Stadt ein. Eine große Zahl von Häusern wurde in Brand gesetzt; unter dem Schlachtruf eines „heiligen Krieges gegen die Kommunisten" mordeten die Faschisten mehr als 20 Menschen. Daß dieses Massaker nicht die Ausmaße des Blutbades von Karamanmarasch annahm, ist einzig und allein auf den heldenhaften Widerstand der Werktätigen von Corum zurückzuführen.

Sofort nach dem Überfall wurde der organisierte Widerstand aufgenommen, wurden Barrikaden errichtet, um den Faschisten den Weg zu verlegen. Eine bedeutende Rolle bei der Organisierung dieses Widerstandes spielte unsere Bruderpartei, die Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei.

Die Ereignisse in Corum stehen im Zusammenhang mit einer neuen Welle des faschistischen Terrors in der Türkei, mit zahllosen Attentaten, Massenverhaftungen und anderen Polizeiaktionen in allen Teilen des Landes. Es hat sich dabei einmal mehr gezeigt, daß die faschistischen Banden vom Schlage der Grauen Wölfe unmittelbar mit der Polizei und — über die Geheimorganisation Konterguerilla — mit der Armee zusammenarbeiten.



Ein zerbombter und geplünderter Laden in Corum in der Ost-Türkei.

Kommentar

Alle Jahre wieder wird in Bonn ein immer gleiches Ritual abgespult. Der Innenminister legt den sogenannten Verfassungsschutzbericht vor. Ein ganzes Heer von beamteten Spitzeln und Schnüfflern, von politischen Kammerjägern ist ja tagaus, tagein damit beschäftigt, die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" zu schützen. Und was sie sich im Laufe des Jahres so zusammengeschnüffelt haben, präsentieren dann der Herr Minister, ihr oberster Dienstherr, der Öffentlichkeit.

Verfassungs-Schmutz

Und erstaunlicherweise ergibt es sich, daß er Jahr für Jahr das gleiche Ergebnis vorlegen kann. Zum Beispiel der „Rechtsextremismus". Er habe weiter an Bedeutung verloren, sagte der Minister Baum in Bonn. Genau das konnte man auch schon im letzten Verfassungsschutzbericht lesen, im vorletzten usw. Manch aufmerksamer Zeitgenosse wird da stutzig werden. **Erinnert er sich doch an die Serie von faschistischen Bombenanschlägen in Esslingen, an die umfangreichen Waffenfunde bei terroristischen Nazi-Gruppen, an unzählige Schlägereinsätze dieser Banden, schließlich an die Manöver der kriegsmäßig ausgerüsteten „Wehrsportgruppen", von denen einige — wie man inzwischen weiß — auf Schießplätzen der Bundeswehr üben konnten.**

Trotzdem: Minister Baum sagt, was alljährlich seine Vorgänger schon gesagt haben: "Der Rechtsextremismus ist weiterhin keine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung." Eben. Und da liegt auch der Hase im Pfeffer. Für diese Grundordnung, die in Wahrheit weder freiheitlich noch demokratisch ist, die vielmehr eine Diktatur der Bourgeoisie darstellt — für diese kapitalistische Grundordnung sind die faschistischen Banden allerdings keine Gefahr. Mehr noch: Die organisierten Faschisten sind ebensogut eine Stütze dieser Ordnung wie es etwa der Verfassungsschutz ist. Denn die Bourgeoisie päppelt die Nazi-Banden hoch, um sie gegebenenfalls als Terrorinstrument gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung einzusetzen. Deshalb läßt man sie unter Polizeischutz operieren, deshalb drückt die Bundeswehr schon mal ein Auge zu, wenn sich Faschisten auf ihrem Gelände im Schießen üben, deshalb hat auch der von Baum vorgelegte Verfassungsschutzbericht die terroristischen Aktivitäten der Nazis schlichtweg „übersehen".

Daß sie in diesem Bericht überhaupt erwähnt werden, hat einen einfachen Grund: So soll auf der einen Seite die alte reaktionäre „Rot-gleich-braun"-Lüge untermauert werden, indem man die faschistischen Mordbanden des Kapitals mit den Todfeinden der Bourgeoisie, den Kommunisten, und mit anderen Linken im Topf des sogenannten Extremismus zusammenrührt. Zum anderen soll die Erwähnung der Nazis im Bericht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Tätigkeit des Verfassungsschutzes wie überhaupt des bürgerlichen Unterdrükkungsapparates ausschließlich gegen links richtet.

Gerade dieser letzte Gesichtspunkt ist im abschließenden Teil des diesjährigen Verfassungsschutzberichtes unverhofft deutlich geworden. Wenn oben gesagt wurde, daß der von Baum vorgelegte Bericht nur die aus den vergangenen Jahren schon bekannten Lügen und Verdrehungen wiederholt hätte, so gilt das für diesen Teil nicht. Er beschäftigt sich mit dem sogenannten Extremismus von Ausländern in der Bundesrepublik. Und Baum betonte ausdrücklich, daß von diesem Bereich — namentlich von den Türken — ein Maß von Gewalt ausginge, das zu größten Sorgen Anlaß gäbe. Diese „Sorgen" wurden anders als in den früheren Jahren mit solchem Nachdruck hervorgehoben, daß man wohl in der Annahme nicht fehlgeht, der Innenminister bereite entsprechende polizeiliche Maßnahmen vor.

Hat also Baum seine Schnüffler auf die Grauen Wölfe angesetzt, um das Netz ihrer Hintermänner aufzudecken? Ist endlich ein entscheidender Schlag gegen diese Mordbande absehbar? Weit gefehlt. **Ein Beamter des Innenministeriums erläuterte die Stoßrichtung der Absichten Baums mit der bemerkenswerten Feststellung: „Graue Wölfe gibt es nicht."** Hier wird also nicht mehr eine der gefährlichsten faschistischen Terrororganisationen in unserem Land nur verharmlost, hier wird einfach ihre Existenz bestritten. Was bleibt also als Schlußfolgerung aus der von Baum geäußerten „Sorge" um den „türkischen Extremismus" übrig?

Es soll gegen die revolutionären und demokratischen Organisationen unserer Kollegen aus der Türkei gehen.

Diese Entwicklung ist wahrlich dazu angetan, die deutschen Demokraten und Antifaschisten mit Sorge zu erfüllen. Lassen wir uns nicht überrumpeln. Die fortschrittlichen Organisationen der türkischen Kollegen müssen gegen alle staatlichen Angriffe verteidigt werden.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Kreisverwaltung will Jugendlager verhindern

„Schikane und Provokation"

Presseerklärung des Vorbereitungsausschusses

THIERGARTEN.— Nachdem die Reaktionäre der CDU bislang vergeblich versucht hatten, das IV. Internationale Jugendlager zu verhindern — so haben sie bereits den Campingplatzbetreiber und Bürgermeister Hans Ganz aus der CDU ausgeschlossen —, haben sie nun juristische Register gezogen; sie wollen das Lager verbieten. Näheres geht aus einer uns zugegangenen Presseerklärung des Vorbereitungsausschusses vom 13. Juli hervor:

„Am Freitag, den 11. 7. 1980 erließ die Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich in Wittlich eine polizeiliche Verfügung, nach der dem Campingplatzbetreiber Hans Ganz in Thiergarten unter Androhung eines Zwangsgeldes von 1000 Mark untersagt wurde, ein ‚IV. Internationales Jugendlager — Für die Rechte der Jugend' auf seinem Campingplatz zuzulassen.

Als Grund wird in dieser Verfügung angegeben, daß eine Belegung des Platzes mit ca. 800 Teilnehmern aus 18 Nationen die Beanspruchbarkeit der Ver- und Entsorgungsanlagen übersteigt.

Demgegenüber erklärten wir als Vorbereitungsausschuß des IV. Internationalen Jugendlagers, daß von uns als Veranstalter dafür Sorge getragen wurde, sowohl die Ver- und Entsorgungsanlagen entsprechend auf 800 Personen zu erweitern, als auch in ausreichendem Maße für WC- und Duschwagen zu sorgen.

Da von unserer Seite die Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich bereits Anfang April über dieses Lager informiert wurde, sehen wir diese polizeiliche Verfügung eine Woche vor Beginn des Lagers als Schikane und Provokation an. Wir können uns dieses Verhalten nur dadurch erklären, daß hier einem Jugendlager mit politischem Programm gegen den Kanzlerkandidaten Strauß das Recht auf freie Meinungsäußerung genommen werden soll."

Wie weiter vom Vorbereitungsausschuß zu erfahren war, hat der Campingplatzbetreiber rechtliche Schritte gegen die polizeiliche Verfügung angekündigt.

Die Redaktion des „Roten Morgen" verurteilt das Vorgehen der Kreisverwaltung als Anschlag gegen die Völkerfreundschaft, die insbesondere deutschen Behörden nach zwei Weltkriegen, die von deutschem Boden ihren Ausgang nahmen, gut zu Gesicht stehen würde. Wir fordern alle unsere Leser auf, besucht massenhaft das IV. Internationale Jugendlager. Die Solidarität der Jugend der Welt ist stärker als eine polizeiliche Verfügung kleinkarierter Reaktionäre!

Giscard in der Bundesrepublik

„Europa muß seine Rolle in der Welt spielen"

Militärische Zusammenarbeit stand im Vordergrund

BONN— Zum ersten Mal seit 1962 erlebte die Bundesrepublik in der vergangenen Woche wieder den Staatsbesuch eines französischen Präsidenten. Erwartungsgemäß nutzte man in Bonn Giscards Visite, um die friedlichen Absichten beider Staaten zu betonen und die „deutsch-französische Freundschaft" zu feiern. Im Mittelpunkt der politischen Gespräche jedoch stand etwas ganz und gar nicht Friedliches — die Erweiterung der militärischen Zusammenarbeit und die Verstärkung der Aufrüstung.

Giscard setzte bereits in seiner ersten Rede in Bonn deutliche Akzente: insgesamt dreimal betonte er in dieser Rede die Notwendigkeit, daß Europa seinen internationalen Einfluß verstärken und wieder eine größere Rolle in der Welt spielen müsse. Damit umriß der französische Präsident die besondere Position seines Landes im westlichen Lager. Die französischen Imperialisten vertreten ihre weltweiten Interessen in einer weitaus stärkeren Unabhängigkeit von der amerikanischen Supermacht, als es etwa die westdeutschen, japanischen oder britischen Imperialisten tun.

Sie haben zum Beispiel ein eigenes atomares Waffenpotential aufgebaut, das nicht in die von Washington kontrollierte NATO eingegliedert ist. Sie haben Afrika und andere Teile der Welt mit einem Netz von Militärstützpunkten überzogen, von denen aus sie brutal ihre neokolonialen Interessen in den von ihnen abhängigen Ländern durchsetzen. Und wenn Giscard in der Bundesrepublik von Europa sprach, so meinte er damit stets in erster Linie den französischen Imperialismus. Allerdings spielt Paris in der EG nur die zweite Geige, deshalb sucht Giscard die enge Zusammenarbeit mit der eindeutig stärksten Macht in Westeuropa, mit dem westdeutschen Imperialismus.

Und diese Zusammenarbeit hat sich in der Vergangenheit schon für beide Seiten ausgezahlt. Es gibt heute keine wichtige Entscheidung auf EG-Ebene mehr, die nicht von Schmidt und Giscard vorbesprochen und vorentschieden würde. **Die wirtschaftlich schwächeren Länder der Gemeinschaft sind zunehmend in eine immer größere Abhängigkeit von Bonn und Paris geraten, wobei letztlich sowohl die westdeutschen wie auch die französischen Imperialisten die alleinige Vorherrschaft über Westeuropa anstreben.** Diese Entwicklungen lassen natürlich die amerikanische Supermacht nicht unbeteiligt. Sie sehen in der Zusammenarbeit zwischen Bonn und Paris zu Recht eine Beeinträchtigung ihrer eigenen Interessen in Europa und reagieren entsprechend nervös. So auch in der vergangenen Woche, als sich Sprecher des Weißen Hauses darüber beklagten, daß während Giscards Staatsbesuch viel über die Rolle Europas, aber nichts über die amerikanische Führungsrolle in der westlichen Welt gesprochen wurde.

Besonderen Wert legten Giscard und seine Bonner Gesprächspartner auf die offene Bekundung gemeinsamer militärischer Interessen. So sagte schon Bundespräsident Carstens bei der Begrüßung des Staatsgastes: "Beide (Staaten) verbindet die Überzeugung, daß sie das militärische Potential, welches im Osten Europas entstanden ist, nicht ignorieren können und daß sie an der Herstellung eines Gleichgewichts mitwirken können." **Zieht man hier das übliche demagogische Gewäsch von der angeblichen militärischen Überlegenheit der östlichen Seite ab, dann bleibt das klare Bekenntnis zur Forcierung der Aufrüstung übrig.** Für Schmidt und Giscard war denn auch in Baden-Baden eigens eine militaristische Schau organisiert worden; sie nahmen gemeinsam den Appell von westdeutschen und französischen Truppeneinheiten ab.

Giscard wandte sich bei dieser Gelegenheit ausgerechnet an die Jugend beider Länder, rief zum stärkeren „Zusammenwirken im Bereich der Verteidigung" auf und nannte die Parade ein „Zeugnis für die vertrauensvolle und freundschaftliche Zusammenarbeit" zwischen den beiden Ländern. Bei den Gesprächen in Bonn wurde man dann konkret: Es wurde über den gemeinsamen Bau eines neuen Kampfpanzers verhandelt, der 1990 in beiden Ländern eingeführt werden soll. Eine intensive Zusammenarbeit im Rüstungsbereich existiert zwischen Bonn und Paris auch bei anderen Waffen, wie etwa bei Kampfflugzeugen und konventionellen Raketen. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß die französische Zeitung „Le Monde" unmittelbar vor Giscards Reise nach Bonn die französische Regierung dazu aufforderte, die militärische Zusammenarbeit auch auf den Bereich von atomaren Mittelstreckenraketen auszudehnen.

Mit Sicherheit ist zwischen Giscard und Schmidt auch die französische Neutronenbombe verhandelt worden — bezeichnenderweise hat Bonn jedoch keine Stellungnahme dazu abgegeben, obwohl diese Frage die Lebensinteressen unseres Volkes direkt berührt. Denn als Giscard vor einigen Wochen bekannt gab, daß Frankreich Versuche mit der Neutronenbombe erfolgreich abgeschlossen worden wären, erklärte er unmißverständlich: "Bei unseren Überlegungen über den Einsatz dieser Waffe werden wir der folgenden Tatsache Rechnung tragen: **Frankreich ist direkt von der Sicherheit der europäischen Nachbarländer betroffen."** Und das bedeutet eben, daß die französischen Militärs diese Waffe in den Nachbarländern einsetzen werden, wenn sich dort eine die „Sicherheit" Frankreichs gefährdende Situation entwickelt.

Und man kann sich unschwer ausrechnen, welches Nachbarland denn da gemeint ist — die Bundesrepublik Deutschland. **So will also nicht nur die amerikanische Supermacht ihren Krieg mit Mittelstreckenraketen vom Boden unseres Landes zu führen. Auch die französischen Imperialisten wollen im „Ernstfall" ihre Neutronenbomben diesseits des Rheins einsetzen.** Und das ist die „freundschaftliche Zusammenarbeit", die Giscard in Baden-Baden der Jugend anzubieten hatte!

Klage gegen Olympia-Boykott?

HAMBURG.— Wie aus einer dpa-Meldung vom 10. Juli hervorgeht, sollen zehn westdeutsche Spitzensportler und ein Mitglied des Nationalen Olympischen Komitees eine einstweilige Verfügung gegen die Boykott-Entscheidung des westdeutschen NOK in Erwägung gezogen haben.

Die namentlich nicht bekannten Sportler monieren an der Boykott-Entscheidung, daß sie bei einem Stimmenverhältnis von 59 zu 40 lediglich mit einfacher Mehrheit gefaßt worden sei. Das aber sei zuwenig. Ein Boykott der Olympischen Spiele verstoße gegen die NOK-Satzung und könne daher nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden.

Auch in anderen westlichen Ländern, deren NOKs sich dem Carterschen Boykott-Beschluß gebeugt hatten, waren rechtliche Konsequenzen gezogen worden. Während in Neuseeland ein Schütze gegen das Votum seines Verbandes die Teilnahme gerichtlich erzwingen konnte, wurde eine Gruppe amerikanischer Olympia-Kandidaten in sämtlichen Instanzen abgewiesen.

In Italien blieb ein NOK-Mitglied vor dem Obersten Gerichtshof ohne Erfolg, den Boykott-Beschluß zu revidieren. Das westdeutsche NOK ließ inzwischen erklären, sollte es zu einer einstweiligen Verfügung kommen, werde man mit allen rechtlichen Mitteln dagegen vorgehen.

Benzinpreise steigen

HAMBURG.— Der Chef der deutschen BP, Helmuth Buddenberg, will die Benzinpreise nach der Sommerpause um 5 Pfennige pro Liter erhöhen. Klar dürfte sein, daß die anderen Multis mit den Preisen nachziehen werden.

Zynischerweise begründete Buddenberg die fällige Preiserhöhung mit angeblichen Verlusten im Heizölgeschäft. Angesichts der horrenden Gewinne, die die Multis gerade in den letzten Quartalen aufgrund ihres ungehemmten Preisterrors einfahren konnten, ist dies nichts als ein durchsichtiger Vorwand. Mag sein, daß durch gewisse Bilanztricks, durch Überweisungen zur englischen Konzernmutter auf dem Papier Defizite entstanden sind. In Wirklichkeit aber kann bei den Ölmultis von Verlusten keine Rede sein. Die neuerliche Preiserhöhung ist vielmehr ein Zeichen dafür, daß die von den amerikanischen Finanzgruppen gesteuerten Ölkonzerne skrupellos ihre Wirtschaftskraft gegen die Verbraucher einsetzen.

Zum Wahlprogramm der Sozialdemokratischen Partei

Absicherung von Ausbeutung und Kriegstreiberei

Schmidt wählen heißt soziale Demontage und Kriegsvorbereitung hinzunehmen!

„Alle wählen SPD — wir nicht!" Unter dieser Überschrift erläuterte die Betriebszelle der KPD bei Siemens in Witten in ihrer Zeitung „Roter Lautsprecher" ihre Stellung zur Kanzlerpartei. Das Motto des Artikels bringt zum Ausdruck, daß die SPD nach wie vor über beträchtlichen Einfluß in der westdeutschen Arbeiterklasse verfügt. Nachdem Detlef Schneider im letzten „Roten Morgen" erklärt hat, warum der Kanzlerkandidat der Unionsparteien mit der SPD nicht zu stoppen ist, geht es diesmal um die wesentlichen Teile des sozialdemokratischen Wahlprogramms.

Nun ist es eine Binsenweisheit, daß sich die verschiedenen bürgerlichen Parteien insbesondere in Wahlkampfzeiten gegenseitig mit Wahlversprechen und Sonntagsreden zu überbieten suchen. Im Klartext: Lüge und Volksbetrug, seit jeher wichtige Elemente im politischen Leben unserer Republik, treiben in Zeiten des Wahlkampfes besondere Blüten. Und es wäre ein Widerspruch in sich, wenn sich diese unter den heutigen Bedingungen unvermeidbare Eigenschaft des Wahlkampfes nicht auch in den Wahlprogrammen der großen Parteien niederschlagen würde.

Ein besonders entlarvendes Beispiel finden wir auf Seite 21 der auf grauem Recycling-Papier gedruckten durchaus schlichten Wahlbroschüre der westdeutschen Sozialdemokraten: *„Umweltverschmutzung ist kein Kavaliersdelikt mehr. Umweltverschmutzer werden künftig genauso behandelt wie Brandstifter, Betrüger oder Diebe!"*. Das ist fürwahr starker Tobak, recht untypisch für so seriöse Herren wie Kanzler Schmidt oder Finanzverwalter Matthöfer. Wahrscheinlich plant man in den Vorstandsetagen der SPD bereits die Internierung des Hoechst-Aufsichtsrats unter Führung von „Ben Wisch", der bekanntlich in Mogadischu einschlägige Erfahrungen gesammelt hat.

Die Wahrheit allerdings ist, daß einer der berüchtigsten „Brandstifter" unseres Landes, der Vorstandschef der Hoechst AG, erst kürzlich einen Orden verliehen bekommen hat und mit dem sozialdemokratischen Innenminister auf dermaßen gutem Fuß stand, daß dieser nach einer neuerlichen Mainvergiftungsaktion durch den Chemie- und Pharmagiganten sogar den Hut nehmen mußte.

Auch das kürzlich im Bundestag verabschiedete Chemikaliengesetz erweckt nicht gerade den Eindruck, die SPD-Minister hätten die Absicht, die professionellen Umweltverschmutzer so zu behandeln, wie sie es verdienen. Typisch ist der folgende Satz von Seite 24 des Wahlprogramms: *„Die Forschungs- und Technologiepolitik muß verstärkt im Dienst der humanen Gestaltung von Arbeitsplätzen stehen."* Als wenn technischer Fortschritt unter kapitalistischen Bedingungen der Humanisierung dienen würde. **Die sozialdemokratischen Wahlstrategen sollten einmal kleine Angestellte vor elektronischen Sichtgeräten besuchen oder bei Opel am Fließband vorbeischauen.**

An der Seite des Kriegstreibers

Doch gehen wir der Reihe nach vor. Nach der Einleitung, auf die wir gleich noch zurückkommen werden, folgt der Abschnitt *„Unsere Hauptaufgabe ist, den äußeren Frieden zu sichern"*. Das wird jeder aus vollem Herzen unterstreichen können. Doch auch dieses Motto erweist sich angesichts folgender Feststellung auf Seite 10 als hohle Phrase, als Köder zum Stimmenfang, als Mißbrauch des Friedenswillens der arbeitenden Bevölkerung: *„Unverändert gilt: Westeuropa kann auf den militärischen Schutz der USA nicht verzichten."*

Und um keine Mißverständnisse bei den Bossen der Konzerne, bei den Generälen der Bundeswehr und vor allem bei den Amerikanern aufkommen zu lassen, bekräftigt das Wahlprogramm auf Seite 13 ausdrücklich noch einmal den Beschluß des Berliner Parteitages, sich für die Modernisierung des europäischen Mittelstreckenpotentials einzusetzen. Das alles wird garniert mit Willenserklärungen zur Abrüstung, mit Entspannungsillusionen und vorgeblicher Kriegsgegnerschaft. Doch durch die enge Bindung an die NATO und den USA-Imperialismus, durch den sklavischen Gehorsam gegenüber amerikanischen Nachrüstungsbefehlen ebnet die SPD den Kriegstreibern den Weg. Gut — sie mag keine kriegshetzerischen Reden vom Schlage eines Strauß oder Dregger schwingen, doch hilft sie auf ihre Weise, einen neuen Krieg vorzubereiten. **Wer für den Frieden ist, kann die SPD nicht wählen.**

SPD und Atomprogramm

Im nächsten Abschnitt unter der Überschrift: *„Sorgsam wirtschaften ist lebenswichtig"* zeigt sich die SPD nach verschiedenen rhetorischen Zugeständnissen als treue Verfechterin des Bonner Atomprogrammes. Und die auf Seite 18 formulierten Vorbehalte erweisen sich angesichts der tatsächlichen Atompolitik der Sozialdemokratie als Lüge. *„Im Hinblick auf die Versorgungslage ist gegenwärtig ein Verzicht auf die Verwendung von Kernenergie ebensowenig vertretbar wie im Hinblick auf die noch offenen Sicherheits- und Entsorgungsprobleme ein forcierter Neubau von Kernkraftwerken."*

Ohne Rücksicht auf die „noch offenen Sicherheits- und Entsorgungsprobleme" hat der Sozialdemokrat Börner großes Interesse an der Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage in Hessen gezeigt, die sein Kollege Albrecht von der CDU in Niedersachsen gegen den Willen der Bevölkerung nicht durchzusetzen vermochte.

Auch der auf derselben Seite geforderte *„Vorrang heimischer Kohle"* hat angesichts des Eintretens für die Kernenergie und der angekündigten verstärkten Kohleimporte keinerlei Wahrheitsgehalt.

Seit Jahren ist die Forderung der Arbeiter und Angestellten nach der **35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich** ein ganz wesentlicher Bestandteil des Kampfes gegen die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage.

Insbesondere die Gewerkschafter der Eisen- und Stahlindustrie wissen seit dem großen Stahlarbeiterstreik um die 35-Stunden-Woche, auf wessen Seite die SPD in dieser Frage steht. Der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Farthmann war es, der tatkräftig mitgeholfen hatte, den echten Einstieg in die 35-Stunden-Woche vom Verhandlungstisch zu bringen und damit Tür und Tor für einen maßlosen Rationalisierungsfeldzug zu öffnen.

Mithin ist das Gerede der SPD für die 35-Stunden-Woche von vorneherein dem Bereich der Sonntagsreden zuzuordnen. Aber selbst in diesem Bereich ist eine interessante Tendenz zu beobachten. Hatten sich die Sozialdemokraten noch erlaubt, im Rahmen der Europawahl klipp und klar die „35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich" zu fordern — wohlwissend, daß sie im rechtlosen Europaparlament nicht in die Verlegenheit kommen würden, ihr Versprechen einzulösen — sieht die Sache im Wahlprogramm 80 schon viel „maßvoller" aus.

„Sie [die SPD] unterstützt die Gewerkschaften in ihrem Ziel, die tarifliche Arbeitszeit durch die Einführung der 35-Stunden-Woche, durch Verlängerung des Jahresurlaubs und durch Verkürzung der Lebensarbeitszeit schrittweise herabzusetzen."

Und was das dringend notwendige Aussperrungsverbot betrifft, so liefert uns die Einleitung zum Wahlprogramm eine neue Variante sozialdemokratischer Spiegelfechterei: *„Die Aussperrung hat keine moralische Basis. Sie muß deshalb mit dem Ziel der Abschaffung mit allen geeigneten Mitteln bekämpft werden."* Nun wird niemand von sozialdemokratischen Abgeordneten ernsthaft erwarten, daß sie an Betriebsbesetzungen teilnehmen. Es bleibt aber zu fragen: **Warum haben die sozialdemokratischen Abgeordneten noch nie einen Entwurf zum gesetzlichen Verbot der Aussperrung eingebracht?**

Der springende Punkt: Finanzierungsvorbehalt

Ein einziger Satz im ganzen Wahlprogramm ist wirklich ernst zu nehmen, hat geradezu eine Schlüsselfunktion für sozialdemokratische Politik. Auf Seite 6 lesen wir im Rahmen der Einleitung: *„Niemand kann vorhersagen, wie sich die Lage in der Welt und die Weltwirtschaft verändern werden. Deshalb ist selbstverständlich, daß alle unsere politischen Vorhaben in die jeweilige ökonomische Gesamtlage — besonders in die Lage der Staatsfinanzen eingepaßt werden müssen. Unter diesen Vorbehalt müssen wir unsere Politik stellen."* Was noch auf den ersten Blick als eine redliche Geste gegenüber dem Wähler erscheinen mag, erweist sich schließlich als Persilschein für den Abbau sozialer Errungenschaften zugunsten verstärkter Kriegsvorbereitung. Denn unter demselben Motto schon hatte Finanzminister Matthöfer auf Befehl des Kanzlers den Rotstift gezückt und allen Ministerien ein Ausgabenstopp verordnet. Nur Kriegsminister Apel bekam mehr Kanonen zugesprochen.

„Kanonen statt Butter", unter diesem Motto ist Deutschland schon einmal untergegangen, und genau diese Parole steckt hinter dem Finanzierungsvorbehalt. Was Strauß und Co. offen herausschreien, bei den Herren Schmidt und Apel steckt es im Finanzierungsvorbehalt. Dregger und Stoiber fordern mehr Selbstbeteiligung im Gesundheitswesen, Strauß will mit dem „Sozialklimbim" aufräumen, der Kanzler verpflichtet seine Partei auf den Finanzierungsvorbehalt. Mit derselben Erklärung baute die SPD vor drei Jahren die bruttolohnbezogene Rente ab.

Wer SPD wählt, gibt Helmut Schmidt seine Blankounterschrift zum weiteren Abbau von Wohlstand, sozialem Besitzstand, zum Abbau der heute noch bestehenden Errungenschaften der Arbeiterbewegung.

Die entscheidende Lücke

Soweit zu den Punkten, die im Wahlprogramm niedergeschrieben sind. Bezeichnend ist, was fehlt. Nicht nur der Name des Franz Josef Strauß wird mit keinem Wort erwähnt, auch das Straußsche Programm scheint für die Macher des SPD-Wahlprogramms nicht zu existieren. Wie sollte es auch. Zu verwandt sind die politischen Vorstellungen der SPD-Führer mit denen des Bayern. Jeder konsequente Kampf gegen das Straußsche Programm, gegen Reaktion, Faschismus und Krieg würde auch die SPD treffen.

Deshalb gilt für jeden Antifaschisten, für jeden klassenbewußten Arbeiter: Strauß ist mit Schmidt nicht zu verhindern. Solange ein Schmidt an der Regierung bleibt, ist ein Strauß eine ständige Gefahr für das ganze deutsche Volk.

Wer SPD wählt...

... solidarisiert sich mit den amerikanischen Kriegstreibern
... muß sich mit der Aussperrung abfinden
... vertagt die 35-Stunden-Woche auf den St.-Nimmerleins-Tag
... unterstützt das Bonner Atomprogramm

Kann man alle SPD-Mitglieder über einen Kamm scheren?

SPD-Linke im Zustand der Selbstverstümmelung

Was die in der Hinweiszeile angesprochene Frage angeht, man kann alle SPD-Mitglieder sicher *nicht* über einen Kamm scheren. Welten trennen den sozialdemokratischen Arbeiter, den Vertrauensmann und Kollegen von Führern der Sozialdemokratie wie Schmidt, Brandt und Wehner. Während erstere lediglich in reformistischem Denken befangen sind, sind zweitere Feinde der Arbeiterklasse.

Nun gibt es in der SPD ein sogenanntes „linkes Lager". Die CDU/CSU sieht darin bereits ein breites umstürzlerisches Potential und auch die SPD-Führung ist des öfteren unangenehm berührt von den Aktivitäten ihrer „Linken".

Wir Kommunisten sind uns dessen wohlbewußt, daß viele sozialdemokratische Kollegen für den Kampf gegen die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, gegen Reaktion, Faschismus und Krieg gewonnen werden können. Heißt das nun, unter gewissen Bedingungen könne es sinnvoll sein, zur Wahl der SPD aufzurufen in der Absicht, die Linken in der SPD zu stärken? Die Staeck-Initiative „Freiheit statt Strauß" bedient sich bekanntlich ähnlicher Argumente bei ihrer „kritischen Unterstützung der SPD". Der „Rote Morgen" hat dazu schon oft Stellung genommen. Diesmal sollen die Linken in der SPD bzw. ihre Repräsentanten, ihre Parteitagsdelegierten zu Wort kommen.

Haben sie zumindest auf dem Berliner Parteitag Ende 1979 für Schlagzeilen gesorgt, indem sie dem Nachrüstungsbeschluß und dem Bonner Atomprogramm einigen Widerstand entgegensetzten, gingen diese in Berlin noch kontroversen Tagesordnungspunkte auf dem Wahlparteitag in Essen im vergangenen Monat ohne den geringsten Widerstand über die Bühne. Sicher hatte Parteitagsstratege Wehner schon ein Konzept in der Tasche, um etwaige Schwierigkeiten von links abbügeln zu können, doch war das überhaupt nicht nötig. Die SPD-Linke hatte sich selber die Flügel gestutzt. Und nicht nur das. In SPD-nahen Organisationen wie zum Beispiel den Falken gibt es Vorstandsbeschlüsse, die die Mitarbeit in Anti-Strauß-Initiativen, die nicht für die SPD eintreten, verbieten. Die Mitgliedschaft hat man klar auf die reaktionäre SPD-Politik festgelegt.

Auch die Jusos sind im Vorfeld der Bundestagswahl lammfromm geworden. Ein weiteres Indiz: Das Aushängeschild der SPD-Linken, Eppler, kandidiert nicht mehr für den Landesvorsitz seiner Partei in Baden-Württemberg.

Wer meint, sich auf solche von Feigheit und Opportunismus gekennzeichneten Kräfte innerhalb der SPD verlassen zu können, sollte gleich einen Offenbarungseid leisten, daß er in Zukunft auf jeden Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg verzichten will. Man kommt nicht drum herum: Die SPD hat sich rückhaltlos den Interessen des westdeutschen Monopolkapitals verschrieben. Die linke Opposition duldet und stützt diese Politik und versucht obendrein, wirkliche Antifaschisten und Kriegsgegner in ihrem Kampf zu lähmen und zu neutralisieren.

Mit SPD-Kollegen sollten wir Kommunisten, wo immer es geht, gemeinsam den Kampf führen, für die Interessen der Arbeiterklasse, für mehr Lohn, gegen die Aussperrung, gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Da gilt die Losung aus dem alten Arbeiterlied: „Wir fragen dich nicht nach Verband noch Partei, bist du nur ehrlich im Kampf mit dabei, gegen Unrecht und Reaktion!" Und genau diesem Erfordernis, über parteipolitische und weltanschauliche Unterschiede hinweg gemeinsam zu kämpfen, steht das politische Programm der SPD entgegen. Es durch das Wahlkreuz zu unterstützen bedeutet, den Startschuß für weitere Angriffe auf das deutsche Volk zu geben.

1951 wurde das Gesetz für die Montanmitbestimmung verabschiedet

Geburtshelfer war Bundeskanzler Adenauer

Vor knapp 30 Jahren wurde die Montanmitbestimmung durch den ersten Deutschen Bundestag gesetzlich verankert. Inzwischen haben die Arbeiter ihre Erfahrungen mit dieser Art von Mitbestimmung gemacht — keine guten! Die DGB-Führer jedoch tun so, als existierten diese schlechten Erfahrungen der Arbeiter in der Eisen- und Stahlindustrie und im Steinkohlenbergbau nicht. Sie behaupten, die Montanmitbestimmung sei ein Schritt zur Demokratisierung der Wirtschaft und der Angriff der Konzernherren auf sie sei der Versuch, eine der größten sozialpolitischen Errungenschaften wieder zu beseitigen, die von den Gewerkschaften nach 1945 erkämpft worden sind. Die Geschichte der Montanmitbestimmung wiederlegt aber diese Behauptung der DGB-Bonzen. Sie zeigt, daß die Montanmitbestimmung ein Kind des kapitalistischen Systems, ein Produkt der Zusammenarbeit von Regierung, Konzernherren und DGB-Bonzen gegen die Arbeiterklasse ist. Das wollen wir in diesem und in einigen folgenden Beiträgen zur Geschichte der Mitbestimmung aufzeigen.

Adenauer greift ein

Am 10. April 1951 verabschiedete der erste deutsche Bundestag das Gesetz über die Montanmitbestimmung. Die im Jahr 1947 unter der Militärdiktatur der amerikanischen und britischen Besatzungsmacht in den Werken der Eisen- und Stahlindustrie eingeführte paritätische Mitbestimmung sogenannter Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat wurde damit gesetzlich abgesichert und verankert, und zwar nicht nur für die Eisen- und Stahlindustrie sondern für die Montanindustrie insgesamt, also auch für den Steinkohlenbergbau.

Der Erarbeitung der entsprechenden Gesetzesvorlage und ihrer Verabschiedung durch die Mehrheit des Bundestages war seinerzeit der Versuch der Konzernherren in der Montanindustrie vorausgegangen, die paritätische Mitbestimmung in den Aufsichtsräten der Hüttenwerke wieder abzuschaffen, zumindest jedoch die Ausdehnung dieses Mitbestimmungsmodells auf den Steinkohlenbergbau zu verhindern.

Es war die Zeit, als die Restauration der monopolkapitalistischen Herrschafts- und Machtverhältnisse im westlichen Teil des inzwischen gespaltenen Deutschlands in vollem Gange war. Die Montanindustrie war in den 20er Jahren an Rhein und Ruhr zu einem Hauptherd des heißhungrigen und kriegslüsternen deutschen Imperialismus geworden. Die Krupp und Thyssen hatten entscheidend zur Machtergreifung des Hitler-Faschismus beigetragen. Trotz dieser Tatsachen konnten inzwischen wieder genau diese Herren, die alten Kohle- und Stahlbarone, den Besitz der Werke der Montanindustrie schon wieder weitgehend in ihren Händen konzentrieren.

Ihr Vorstoß zur Abschaffung der paritätischen Mitbestimmung wurde von dem damaligen Bonner Wirtschaftsminister und späteren Bundeskanzler, Ludwig Erhard, politisch unterstützt. Hatten die Herren geglaubt, sie könnten ihre Rolle als die alten Herren im neuen Haus ganz offen und provozierend demonstrieren, ohne dabei auf Widerstand seitens der Gewerkschaften zu stoßen? Oder suchten sie gar den offenen Kampf, die Kraftprobe?

Jedenfalls reagierte die auch schon damals alles andere als radikale und streikfreudige DGB-Führung in diesem Falle mit ungewohnter Konsequenz und Schnelligkeit. Für die Eisen- und Stahlindustrie wurde die Urabstimmung angesetzt, die am 29. und 30. November durchgeführt wurde, und bei der sich 95,9 Prozent der Kollegen für einen Streik für die Erhaltung und den Ausbau der bestehenden paritätischen Mitbestimmung aussprachen. Im Januar 1951 rief man dann auch die Kumpels im Steinkohlenbergbau an die Urnen und hier stimmten 92,8 Prozent für Streik. Die Zeichen standen auf Sturm.

In dieser Situation griff der damals oberste politische Sachwalter der Kapitalisten in Bonn, Konrad Adenauer, persönlich ein und bot sich als Vermittler zwischen den Unternehmerverbänden und dem DGB an. Am 18. Januar erklärte der Bundeskanzler gegenüber einer Delegation des DGB-Bundesvorstands: *„Ich bin für die Parität in den Aufsichtsräten“.*

Am 19. Januar begannen unter seiner Leitung die Verhandlungen zwischen dem DGB und der Unternehmerseite. **Am 25. Januar hatten die Unternehmervertreter soweit zurückgesteckt, daß sie sich bereiterklärten, in allen wesentlichen Punkten den Forderungen der DGB-Führer zu entsprechen.**



Für die Sozialisierung der Betriebe, für ein Deutschland, in dem die Drahtzieher des Hitler-Faschismus, die Krupp und Thyssen, keine Macht mehr haben, kämpfte die deutsche Arbeiterklasse nach 1945.

Sie akzeptierten die paritätische Besetzung des Aufsichtsrates plus der Einsetzung eines „neutralen“ elften Mannes, die Bestellung eines Arbeitsdirektors als gleichberechtigtes Vorstandsmitglied, die nicht gegen den Willen der „Arbeitnehmerbank“ durchgeführt werden darf, und schließlich des Rechts der Gewerkschaft auf Benennung bzw. Bestätigung der Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmerseite sowie des Arbeitsdirektors. Sie erklärten sich auch damit einverstanden, daß dieses Mitbestimmungsmodell auch für den Steinkohlenbergbau gelten soll.

Die so zustandegekommene Einigung wurde öffentlich verkündet und zur Richtlinie für ein vom Bundestag zu verabschiedendes Gesetz erklärt. **Adenauer selbst verbürgte sich dafür, daß ein solches Gesetz auch zustandekommen würde.**

Daraufhin setzte der Bundesausschuß des DGB den Streikbeschluß aus mit dem Vorbehalt, daß er erneut in Kraft treten sollte für den Fall, daß die von Adenauer abgegebene Zusage nicht eingelöst werden sollte. Die Erfüllung dieses Vorbehalts erwies sich allerdings als nicht mehr notwendig.

„Auf dem Weg zur sozialen Befriedung“

Das Montanmitbestimmungsgesetz wurde tatsächlich in einer Form verabschiedet, die mit dem unter Adenauers Leitung erzielten Verhandlungsergebnis im wesentlichen übereinstimmte. **Für das Gesetz stimmte außer der SPD auch die CDU/CSU, die damals stärkste Partei im Bundestag.** Die FDP und einige rechtsextreme bzw. offen faschistische Gruppen stimmten dagegen. Die KPD enthielt sich der Stimme.

Die Mitbestimmung ist ein Kind des Kapitalismus, wenn auch ein ungeliebtes. Sicher würden die Konzernherren lieber ohne „diesen verdammten Sozialpartnerschaftskram“ leben. Aber was tut man nicht alles um des „lieben Friedens“ willen? In bestimmten Zeiten legt die Bourgeoisie durchaus Wert auf die Bewahrung des sogenannten „sozialen Friedens“, in solchen nämlich, in denen sie davon ausgehen kann, daß unter den gegebenen Bedingungen die „weiche“, sozialpartnerschaftliche Herrschaftsform am ehesten dazu geeignet ist, ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen optimal zu sichern.

Die 50er Jahre waren für die westdeutsche Bourgeoisie, die gerade erst mit Hilfe der USA wieder auf die Beine gestellt worden war, eine solche Periode. Hören wir, was Konrad Adenauer bei der Bundestagsdebatte über den Gesetzesentwurf zur Montanmitbestimmung in seinem einleitenden Beitrag sagte:

„Ich kann nur nochmals wiederholen: nach meiner Überzeugung ist dieser Gesetzentwurf ein großer Fortschritt auf dem Wege zur sozialen Befriedung des deutschen Volkes (...).

Ich möchte in dieser Stunde sagen, daß ich bei den vielen, vielen Verhandlungen, die ich mit vielen, vielen Arbeitnehmern gehabt habe, eine solche Anhänglichkeit, um nicht zu sagen Liebe zu den Unternehmen, dem sie ihre Arbeitskraft gewidmet haben, gefunden habe, daß mir auch dieses Anhänglichkeit an dieses Unternehmen, die zutage trat, das Vertrauen gibt, daß die Arbeitnehmer an den Aufsichtsräten auch in Zukunft in erster Linie das Interesse des Unternehmens zu wahren suchen werden, dem zu dienen sie verpflichtet sind.“

Das seelenfeuchte Geschwätz von *Liebe* und *Anhänglichkeit* erinnert fatal an die Redensarten eines Hundebesitzers, während der nachdrückliche Hinweis darauf, daß die Aufsichtsräte der Arbeitnehmer dem Unternehmen *zu dienen verpflichtet seien*, mehr an die Ausdrucksweise eines preußischen Kommiß gemahnt. Jedenfalls aber sei an unsere glühenden Verfechter der Mitbestimmung im „Arbeitnehmerlager“ die Frage gerichtet: **Wie kann das, was für den Erzfeind der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung, den Einpeitscher der restaurativen Entwicklung in Deutschland nach 1945, den stockreaktionären Handlanger des Weltpolizisten USA als „großer Fortschritt“ galt, zugleich auch eine große Errungenschaft der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften sein?**

Noch eine Stimme der Unionsparteien sei hier zitiert, die des CDU-Abgeordneten Dr. Günter Henle, der bereits 1940 im „Großdeutschland“ zum alleinigen Chef des Klöckner-Konzerns gebracht hatte und der außerdem den Aufsichtsräten der Deutschen Bank, von Siemens und Halske und der Allianz Versicherung AG angehörte:

„Gewiß ist das Ganze ein neuartiger und kühner Versuch, und so faßte auch die Welt draußen die Sache auf. Sie steht dem Wagnis teils skeptisch, teils hoffnungsvoll gegenüber. Aber die Erwartung kann doch wohl als berechtigt gelten, daß dieser Versuch glücken wird, womit sich dann die so beschlossene Neuregelung, sofern ihr der Bundestag die gesetzliche Untermauerung zuteil werden läßt, als ein Markstein erweisen würde auf dem Weg zur Erreichung des Arbeitsfriedens, dessen wir in Deutschland so dringend bedürfen.“

Die gleichen Industriellen also, die vorher mit den Nazis die „Volksgemeinschaft“ ins Leben gerufen hatten, betätigen sich jetzt, natürlich den veränderten Bedingungen entsprechend mit anderen Methoden, als Pioniere des sogenannten „sozialen Friedens“.

Böcklers Haltung 1918 und 28 Jahre danach

Die SPD, die sich damals noch selbst Arbeiterpartei nannte und noch kein Godesberger Programm besaß, grenzte sich nicht ab von der reaktionären und zynischen CDU-Interpretation der Mitbestimmung, die diese als Hebel zur Disziplinierung der Arbeiterklasse, zur „sozialen Befriedung“ der ausgebeuteten und unterdrückten Massen anpries. Im Gegenteil! Nehmen wir etwa die folgenden Ausführungen des SPD-Abgeordneten Henßler:

„Welche Motive bewegten (...) Hans Böckler (...) und die Gewerkschaften bei dem Kampf um das Mitbestimmungsrecht? Er erstrebte eine Plattform für eine verbreiterte und vertiefte Zusammenarbeit der Sozialpartner, und er war sich dabei klar — und jeder muß sich darüber klar sein —, daß das nicht geht ohne Wandel in rechtlicher Beziehung, um Rechte und Pflichten sinnvoll aufeinander abstellen zu können.

Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß mit dem größeren Recht auch eine größere Verantwortung verbunden ist. Mit der Bekundung des Willens, unmittelbare Verantwortung für das betriebliche und wirtschaftliche Geschehen zu tragen, haben sich die Gewerkschaften selbst über die Rolle eines nur einseitigen Interessenvertreters hinausgehoben. Ich meine: dafür verdienen sie Anerkennung und nicht Lästerung (...).

Ich appelliere: schaffen Sie eine Plattform für ein neues Recht, für eine Zusammenarbeit mit dem Ziel: Gemeinschaft, fest fundiert in gleichem Recht und gleicher Verpflichtung.“

Dazu wäre übrigens anzumerken, daß Hans Böckler, der nach 1945 Vorsitzender des neuentstandenen Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde, in den Jahren 1918/19 vorübergehend Sekretär der konterrevolutionären Zentralen Arbeitsgemeinschaft zwischen Gewerkschaften und Unternehmen war. 1919 wandte sich Böckler gegen den Beschluß des Deutschen Metallarbeiterverbandes auf Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft. Derselbe Böckler erklärte im Oktober 1946 in einer Besprechung zwischen Vertretern der Gewerkschaft, der Militärregierung und der Treuhandverwaltung Eisen und Stahl, es sei für die Gewerkschaften von großer Bedeutung, möglichst bald die künftige Wirtschaftspolitik zu kennen, denn **man müsse „sich darüber klar werden, ob künftig die Gewerkschaften eine Kampforganisation oder eine Wirtschaftsorganisation sein müßten“.**

Und Böckler ließ keinen Zweifel daran, daß er für das Letztere sei, daß er eine feste Verankerung der Gewerkschaften in einer „neugeordneten Wirtschaft“ für wünschenswert halte. Unter neugeordneter Wirtschaft verstand Böckler natürlich nicht eine sozialistische Wirtschaft unter der Herrschaft der Arbeiterklasse, sondern eine Wirtschaft, in der die Gewerkschaften paritätisch mitbestimmen dürfen, wodurch dann angeblich eine „Gleichberechtigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ verwirklicht sei.

Böckler war einer von jenen Gewerkschaftsbonzen, die nicht willens oder nicht fähig waren, aus dem Bankrott ihrer Politik der Klassenzusammenarbeit die Lehren zu ziehen, obgleich diese Politik der Machtergreifung der Nazis den Weg bereitet und für die Arbeiterbewegung verheerende Konsequenzen gezeitigt hat.

Die Stellungnahme der KPD

Nur eine Partei gab es im Bundestag, die das unter dem Deckmantel der paritätischen Mitbestimmung inszenierte Komplott gegen die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung bekämpfte. Und sie wurde fünf Jahre später verboten: die KPD. Auf der Parlamentstribüne griff der KPD-Abgeordnete Harig mit einem Beitrag in die Mitbestimmungsdebatte ein, der die reaktionären Absichten der CDU/CSU und der SPD entlarvte und den Verrat der Gewerkschaftsführung anprangerte:

„Die Frage des Mitbestimmungsrechts wäre längst entschieden, und den Kriegstreibern wäre das Handwerk gelegt, wenn die Gewerkschaftsführer den Bestrebungen der Besatzungsmächte Widerstand geleistet hätten. Sie hätten die Massen der Arbeiter sammeln müssen zum Kampf für die Durchsetzung ihrer Forderung nach einem wirklichen Mitbestimmungsrecht. Das wäre ihre Aufgabe gewesen. Die fünf Millionen Gewerkschaftler aber in den Dienst der Wirtschaft, die nach der amerikanischen Konzeption doch der Rüstung und der Vorbereitung des Krieges dient, einzuschalten, das ist keine heilige Aufgabe, die sich die Gewerkschaftsführung mit Unterstützung des Vorstands der SPD gestellt hat (...). Die Politik der Arbeitsgemeinschaft, die jetzt wieder betrieben wird, hat schon einmal ins Chaos geführt, hat schon einmal unser ganzes Volk ins Unglück gebracht (...). Man übernimmt hier eine Verantwortung der Rüstung. Diese Verantwortung übernehmen die Führer der Gewerkschaften! (...) Der Kampf um das Leben unseres Volkes erfordert, daß der Charakter der Kampforganisation der Gewerkschaft nicht von gewissenlosen Gewerkschaftsführern verändert wird.“

Wurden die Worte des KPD-Abgeordneten Harig durch die Praxis der Montanmitbestimmung widerlegt oder wurden sie bestätigt? Heute, knapp 30 Jahre nach der Verabschiedung des Gesetzes zur Montanmitbestimmung, zeigt sich in aller Deutlichkeit, daß die KPD recht behalten hat.

Entlassungsfeldzug bei Opel/Rüsselsheim

Die Arbeitsplätze verteidigen — Stoppt die Produktionsverlagerungen!

6 000 noch in diesem Jahr? KPD und RGO kritisieren Sozialplan

RÜSSELSHEIM.— Der Betriebsrat bei Opel/Rüsselsheim mit dem Sozialdemokraten Richard Heller an der Spitze hat inzwischen einem „Sozialplan" zugestimmt, der grünes Licht für Massenentlassungen im großen Maßstab gibt. Auf dem Wege über Abfindungen und Frühpensionierungen sollen noch in diesem Jahr mindestens 5 500 Arbeitsplätze vernichtet werden.

Diese Politik ist nicht geeignet, dem Plan von General Motors den Weg zu verlegen, der weitgehenden oder gar völligen Stillegung der Opelwerke in Rüsselsheim.

Ursprünglich hatten die IGM-Betriebsräte unter Hellers Führung in den Verhandlungen mit der Geschäftsleitung zwar prinzipiell der von vielen älteren Kollegen gewünschten „Frühpensionierung" zugestimmt (das heißt, daß Kollegen ab 59 Jahren vorzeitig in Rente gehen können), nicht jedoch dem Verlangen der Bosse, dies mit einer Abfindungsaktion für 2 800 jüngere Beschäftigte zu koppeln.

An ihrem Widerstand gegen die schlagartige Vernichtung von mehr als 5 000 Arbeitsplätzen hielt die Heller-Gruppe allerdings nicht lange fest. Sie akzeptierte die von den Opel-Kapitalisten vorgelegten „Sozialpläne", und zwar samt der zunächst abgelehnten Koppelung.

Sollte durch die Abfindungsaktion anfangs noch die Entlassung von 2 800 jüngeren Beschäftigten bei einer Entschädigung von durchschnittlich 9 000 Mark pro Person vollzogen werden, so wurde diese Zahl inzwischen auf 3 400 Kollegen ausgedehnt. 86 Prozent der Betroffenen sind offiziellen Meldungen zufolge ausländische Arbeiter, wobei die Kollegen aus der Türkei mit 58 Prozent die stärkste Gruppe bilden.

Nach Presseberichten sollen über den Weg der „Frühpensionierung" rund 2 000 weitere Arbeitsplätze vernichtet werden. Daraus ergibt sich, daß mit diesem ersten Entlassungsfeldzug, der noch innerhalb dieses Jahres abgeschlossen sein soll, insgesamt ca. 5 500 Beschäftigte das Werk verlassen sollen. Der Betriebsrat gab seine Zustimmung, ohne ernsthaft den Versuch zu machen, irgendwelche Zusagen über die Erhaltung von Arbeitsplätzen bei Opel/Rüsselsheim (zum Beispiel durch die Rücknahme der geplanten Produktionsverlagerungen nach Kaiserslautern und ins Ausland) zu erreichen.

Als einziges Mitglied im Betriebsrat hat der türkische Kollege Atila Özgüç, Mitglied der RGO-Betriebsgruppe bei Opel/Rüsselsheim, diese Kapitulation vor den Arbeitsplatzkillern zu verhindern versucht. Atila Özgüç verweigerte dem Sozialplan II, der Abfindungsaktion beinhaltet, seine Zustimmung.



„Zündkerze" deckt Hintergründe auf

Unsere Partei unterstützt den Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze bei Opel unter anderem durch die Verteilung der Betriebszeitung „Zündkerze". In der neuesten Ausgabe schreibt die „Zündkerze" zur Haltung der Heller-Gruppe im Betriebsrat und zu den „sozialabgefederten" Massenentlassungen:

„In der jetzigen Situation bedeutet dies aber ohne Frage die Vernichtung von ebensovielen Arbeitsplätzen. Daß der Betriebsrat mit dem Sozialdemokraten R. Heller von der Geschäftsleitung vorgelegten „Sozialplan" (so bezeichnet man die Massenentlassungen offiziell) seine Zustimmung gab, das sollte auf der Betriebsversammlung ebenfalls erörtert werden. Schließlich ist das ja alles erst der Anfang: Weitere 4 000 Entlassungen sind für die ersten Monate des nächsten Jahres angekündigt."

Ausführlich geht die „Zündkerze" auch auf die Hintergründe des brutalen Entlassungsfeldzuges ein. *„Die Drahtzieher sitzen in Detroit"* heißt es in der Betriebszeitung. Und weiter schreiben die Genossen: *„Jahrelang wurde jeder in den Bilanzen ausgewiesene Gewinn, der schließlich durch die Arbeit der Kollegen erwirtschaftet wurde, nach Detroit überwiesen. Und eben dieses Kapital, es dürften von Opel mindestens zwei Milliarden sein, wird heute dazu benutzt, die Produktion bei Opel drastisch zu reduzieren, wobei das Stammwerk Opel am stärksten betroffen ist. Mit eben diesem Kapital werden in anderen Ländern neue Produktionsstätten errichtet, nämlich überall dort, wo sich die Konzernherren von GM neben besonders niedrigen Löhnen und hohen Subventionen dieser Staaten günstige Zölle, Steuern usw., erhoffen. Und das Fatale ist: So einschneidende, die Existenz von Städten und Gemeinden, von Tausenden von Familien bedrohende Maßnahmen, beschließt nicht irgendein von uns gewähltes und bei Bedarf auch wieder abwählbares Gremium, sondern eine kleine Gruppe skrupelloser, steinreicher, unkontrollierter Bankiers."*

RGO kämpft gegen Spaltung

Die Betriebsgruppe der RGO bei Opel Rüsselsheim bemüht sich, die Kollegen so genau wie möglich über die Pläne der Geschäftsleitung und darüber zu informieren, was vom Betriebsrat dagegen unternommen oder auch unterlassen wird. Dazu wurden in letzter Zeit verschiedene Flugblätter verteilt. Um für die Solidarität der Rüsselsheimer Bevölkerung zu werben, hat die RGO auch ein Plakat gedruckt, das überall in Rüsselsheim geklebt worden ist: **„Kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze! Rettet Rüsselsheim!"** heißt es auf dem Plakat.

In dem letzten Flugblatt der RGO wird unter anderem auch die Haltung der Betriebsratsmehrheit um R. Heller kritisiert. Zugleich betonen die Kollegen dann: *„Die RGO wird, soweit es in ihrer Kraft steht, all die Gewerkschafter unterstützen, die tatsächlich bereit sind, unsere Arbeitsplätze zu verteidigen."* Weiter betont die RGO-Betriebsgruppe, daß sie sich besonders gegen jede Spaltung und für eine feste, geschlossene Kampffront der deutschen und der ausländischen Kollegen einsetzt. In dem Flugblatt heißt es zum Schluß:

„Die Rüsselsheimer Bevölkerung ist insgesamt von den Entlassungsplänen bei Opel bedroht. Kämpfen wir gemeinsam — IG-Metaller, Gewerbetreibende, Christen, Deutsche und Ausländer — denn diese Sache geht uns alle an: Rettet Rüsselsheim! Kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze! Offenlegung aller Entlassungspläne! 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Keine Auslagerung der Produktion aus Rüsselsheim!"



Im März 1979 demonstrierten in Paris 700 000 Menschen ihre Solidarität mit den französischen Stahlarbeitern, die gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze kämpften. Auch eine Delegation von Mannesmann-Kollegen nahm an der Demonstration teil (unser Bild). Die IGM-Führung lehnte jedoch die Teilnahme einer offiziellen Gewerkschaftsdelegation ab.

Rechtsstreit Hoesch/RGO-Betriebsräte

Hartmut Siemon geht erneut vor Gericht

DORTMUND.— Wie aus einer Mitteilung des „Solidaritätskomitees für die Wiedereinstellung der fristlos entlassenen Betriebsräte H. Siemon und N. Bömer" hervorgeht, hat Hartmut Siemon eine einstweilige Verfügung beantragt, um auf diesem Wege erneut die Zulassung zum Betrieb zum Zwecke der Ausübung des Betriebsratsamtes zu erlangen.

Obwohl Hartmut Siemon am Donnerstag, den 24. April vor dem Dortmunder Arbeitsgericht seinen Kündigungsschutzprozeß gewonnen hat, verwehrt im Hoesch den Zugang zum Betrieb zwecks Ausübung seines Betriebsratsamtes. Das Unternehmen stützt sich dabei auf ein Urteil des Landesarbeitsgerichts Hamm, das am Tag zuvor eine einstweilige Verfügung aufgehoben hatte, der zufolge die Betriebsräte bis zur endgültigen Klärung des Rechtsstreits über die Rechtmäßigkeit der fristlosen Kündigungen weiter Zugang zum Betrieb hatten.

In der Mitteilung des Komitees heißt es: *„Da zum Zeitpunkt der Verhandlung in Hamm H. Siemon seinen Prozeß in Dortmund noch nicht gehabt hatte — dieser war ja erst einen Tag später — ist für H. Siemon jetzt eine neue einstweilige Verfügung beantragt worden. Ihre Begründung stützt sich auf das Dortmunder Urteil und verlangt damit die erneute Zulassung zum Betrieb zum Zwecke der Amtsausübung."*

Die Verhandlung über die einstweilige Verfügung findet statt am Freitag, den 18. Juli, um 12 Uhr im Raum 141 des Dortmunder Arbeitsgerichts, Ruhrallee 3.

Das Solidaritätskomitee hält alle bisherigen juristischen Schriftsätze, Urteile und Beschlüsse für Interessenten bereit. Bestellung an:

Alice Siemon, Barsinghauserstr. 23, 4600 Dortmund 14, Tel.: 0231 / 23 68 15.

Bildschirmtätigkeit

STUTTGART.— Wie die IG Metall Stuttgart der Presse mitgeteilt hat, will sie mit den 22 größten Stuttgarter Metallbetrieben über Betriebsvereinbarungen über Bildschirmarbeitsplätze verhandeln.

Diese wichtige Initiative geht auf die 10. Bundesangestelltenkonferenz der IG Meta vom März dieses Jahres zurück.

Ferner stützt sich die Stuttgarter IG Metall auf eine Umfrage, die die enorme Belastung der Beschäftigten an Bildschirmgeräten dokumentiert.

85 Prozent berichteten von übermäßiger Beanspruchung der Augen, 70 Prozent über Nackenbeschwerden, 60 Prozent klagten über Rückenschmerzen.

Neben spezifischen Pausenregelungen geht es der IG Metall auch um besseren Schutz vor technologisch bedingter Abgruppierung.

AEG-Betriebsrat bleibt

ESSLINGEN.— Weil der Betriebsrat des AEG-Zweigwerkes Esslingen sich nicht auseinanderdividieren ließ, konnte die fristlose Kündigung eines 30jährigen Betriebsratsmitglieds rückgängig gemacht werden.

Dem Betriebselektriker war vorgeworfen worden, er sei für einen spontanen Streik verantwortlich, an dem am 28. Mai etwa 90 Kollegen teilgenommen hatten.

Die betriebliche Protestaktion fand im Rahmen von geplanten Massenentlassungen statt. Von rund 700 Belegschaftsmitgliedern sollen künftig nur noch 320 in Esslingen weiterbeschäftigt werden. Somit war die fristlose Kündigung des Betriebsratsmitgliedes ein direkter Angriff auf die Belegschaft.

Als der Betriebsrat sich weigerte, der fristlosen Kündigung zuzustimmen, zog die Geschäftsleitung die Klage gegen den Betriebsratskollegen zurück.

DGB-Führer gegen europäische Arbeitereinheit

Vetter droht mit EGB-Spaltung

GENF.— Vergangenen Monat tagte in Genf der Exekutivausschuß des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). Unter anderem ging es dabei um den Aufnahmeantrag von insgesamt 18 europäischen Gewerkschaftsorganisationen. Der EGB-Kongreß im Mai letzten Jahres hatte die EGB-Führung verpflichtet, dazu Stellung zu nehmen. Eine klare Stellungnahme kam nicht zustande, nicht zuletzt auf den starken Druck der DGB-Führung hin.

Zu den Antragstellern gehören unter anderem: CGT (Frankreich), CGTP-Intersindical (Portugal), Comissiones Obreras (Spanien) und DISK (Türkei). Ungeachtet der Tatsache, daß diese Organisationen unter revisionistischer Führung stehen, wie die CGT aus Frankreich oder die spanischen Comissiones Obrera, verfügen gerade diese beiden gewerkschaftlichen Organisationen über eine kampferprobte Mitgliedschaft. So haben zum Beispiel die spanischen Gewerkschafter in den damals noch illegalen Comisiones Obreras eine wichtige Rolle im Kampf gegen den Franco-Faschismus gespielt. Die Kampfentschlossenheit der CGT-Gliederungen zeigte sich zum Beispiel zur Verteidigung der Arbeitsplätze in Paris, an denen auch westdeutsche Stahlkocher teilgenommen hatten.

Auf jeden Fall würde eine Aufnahme dieser gewerkschaftlichen Organisationen bewirken, daß Reaktionäre vom Schlage eines Vetter und anderer USA-höriger Bonzen in der EGB-Spitze nicht mehr unangefochten schalten und walten können.

Unabhängig davon, daß es die Aufgabe der klassenkämpferischen Arbeiter aller Länder ist, ihre von Reaktionären, Reformisten oder Revisionisten beherrschten Gewerkschaften zu erobern (in Westdeutschland geschieht das vermittels der RGO-Taktik), würde eine Aufnahme der erwähnten nationalen Gewerkschaftsorgnisationen den Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf europäischer Ebene fördern.

Dagegen nun zogen reaktionäre westeuropäische Gewerkschaftsführer, unter anderem auch die DGB-Spitze, zu Felde.

Gestützt auf das verlogene Argument, die „freiheitlichen Grundwerte" des EGB seien gefährdet, drohte die DGB-Vertretung mit dem Austritt aus dem EGB für den Fall, daß die Antragsteller als neue Mitglieder aufgenommen würden.

Bei dem daraufhin einsetzenden Poker hinter den Kulissen verständigte man sich schließlich darauf, den Beschluß über die Aufnahmeanträge zu vertagen. Denn eine offene Ablehnung hätte aller Wahrscheinlichkeit nach dazu geführt, daß sich insbesondere die Antragsteller aus der Mittelmeerregion auf eigene Faust organisiert hätten.

Die harte arbeiterfeindliche Haltung der DGB-Führung hätte mithin eine Spaltung des EGB provoziert, was den Reaktionären auch nicht recht sein konnte, ginge ihnen doch dadurch die Kontrolle über Millionen kampferprobter europäischer Gewerkschafter verloren. So ist nun der Beschluß auf die lange Bank geschoben worden. Die DGB-Führung zeigte erneut ihre reaktionäre spalterische Politik.

Unabhängig davon, wie man sich an der EGB-Spitze in den nächsten Jahren entscheiden wird, die europäische Gewerkschaftseinheit muß von den klassenkämpferischen Gewerkschaftern selbst organisiert werden. Beispielhaft dafür ist die Haltung der RGO, die im letzten Jahr zahlreiche internationale Kontakte geknüpft hat.

Protestaktion wegen Manteltarif

SÜDBADEN.— Am Mittwoch, den 9. Juli demonstrierten etwa 100 südbadische Metallarbeiter in Dürrheim gegen die unnachgiebige Haltung der Unternehmerseite bei den Manteltarifverhandlungen für die südbadische Metallindustrie. Die Kollegen waren mit Spruchbändern im Verhandlungslokal aufgetaucht.

Besonderer Zorn richtete sich gegen die Weigerung der Unternehmer, die in den Tarifgebieten Nordwürttemberg/Nordbaden und Südwürttemberg/Hohenzollern bereits vereinbarten Manteltarifvertrag auch für den dritten badenwürttembergischen Tarifbezirk zu übernehmen.

Bereits am vorherigen Wochenende hatten rund 3 000 Metallarbeiter aus sechs Betrieben in Villingen-Schwenningen die Arbeit niedergelegt, um gegen die Verschleppungstaktik der Unternehmer zu protestieren.

Bei den Manteltarifverhandlungen für die rund 135 000 Beschäftigten der südbadischen Metallindustrie geht es unter anderem um eine Verlängerung der Kündigungsfristen, um den Wegfall von ärztlichen Attesten an den ersten drei Krankheitstagen sowie bessere Kurzarbeitsregelungen.

Über Verhandlungsergebnisse war bei Redaktionsschluß noch nichts bekannt.



In der Türkei, in Afghanistan oder Äthiopien haben die Herrschenden mit Unterstützung der Großmächte das Land mit Folter, Tod und Terror überzogen. Politische Flüchtlinge, denen es gelingt, diesem Inferno zu entrinnen, denen es gelingt, sich in die Bundesrepublik durchzuschlagen, werden entweder abgeschoben, inhaftiert oder unter menschenunwürdigen Bedingungen in Sammellager gepfercht.

Recht auf politisches Asyl hat zu bestehen aufgehört

Politische Flüchtlinge vom Regen in die Traufe

Die Lagerpläne Tandlers setzen sich durch

FRANKFURT. — Seit Mittwoch, den 2. Juli gilt der Artikel 16 des Grundgesetzes (Recht auf politisches Asyl) für die Rhein/Main-Metropole Frankfurt nicht mehr. Oberbürgermeister Wallmann (CDU) sperrte den politischen Flüchtlingen Aufenthaltsrecht und Sozialhilfe. Das Sozialamt wurde zum Vollstrecker des Wallmannschen „Asylstopps“. Am Freitag, den 4. Juli wurden ca. 100 politische Flüchtlinge aus Äthiopien und Afghanistan per Bundesbahn in das Ausländerlager nach Zirndorf verfrachtet. Doch das Zirndorfer Bundesamt hat schon seit 1977 seine Pforten geschlossen — wegen Überfüllung.

Am Montag, den 7. Juli — die bayrische Staatsregierung hat sich mittlerweile protestierend an die Bundesregierung gewandt — trifft die zweite in Frankfurt auf den Weg geschickte Menschenfracht in Zirndorf ein; weitere 80 politische Flüchtlinge, denen das Recht auf Aufnahme in der Mainmetropole verwehrt wurde.

Allmählich setzt sich die schwerfällige Maschine der Bürokratie in Bewegung. Ob auf Bundesebene, bei den betroffenen Ländern oder Gemeinden, die zunehmend hektischer werdenden Aktivitäten des Verwaltungsapparates sind von einem einzigen Motiv beseelt: **Wie kann man die Ausländer am besten wieder loswerden?**

Die Nachbargemeinden Frankfurts machen sich nicht etwa Gedanken darüber, wie sie dem Verfassungsgebot, politischen Flüchtlingen Asyl zu gewähren, zum Durchbruch verhelfen könnten, sie bekunden öffentlich die Befürchtung, Frankfurt könnte die Flüchtlinge an sie weiterreichen. **Die Offenbacher Stadtväter signalisierten bereits, ebenfalls einen Asylstop zu verfügen.**

Nachdem die kürzlich beschlossenen Maßnahmen der Bundesregierung zur „Abwehr des Asylantenstroms“ — die wichtigste ist ein einjähriges Arbeitsverbot — offensichtlich nicht im Sinne ihrer Erfinder greifen, scheint man nun keinerlei Hemmungen mehr zu haben, das „Asylantenproblem“ im wahrsten Sinne des Wortes im Frontalangriff zu lösen. Daß Wallmann die Stadt der Bank- und Konzernzentralen zur verbotenen Stadt für Asylanten erklärt hat, ist erst der Startschuß, weit Schlimmeres droht zu folgen.

So hat der hessische Landesinnenminister Gries (FDP) bereits am 2. Juli anläßlich der ersten spektakulären Abschiebeaktion Wallmanns erklärt, er plane, auf Kosten des Landes Sammellager einzurichten. Dabei schien er völlig vergessen zu haben, daß das vom bayrischen Amtskollegen Tandler (CSU) aufgebrachte Lagerprojekt von den Bundestagsfraktionen von SPD und FDP zurückgewiesen worden war und auch von der Bundesregierung nicht in den Katalog der Sofortmaßnahmen übernommen wurde.

Daß es sich bei dem Vorstoß des hessischen Innenministers nicht etwa um einen Alleingang eines besonders reaktionären Vertreters der „Liberalen“ handelte, bestätigte sich am Dienstag, den 8. Juli. An diesem Tag hatte der hessische Ministerpräsident Börner (SPD) sein Kabinett zu einer Sondersitzung nach Kassel zusammengetrommelt. Dort beschloß man einmütig, die leerstehende „Hindenburg“-Kaserne zu einem ersten Sammellager zu erklären.

Auch die von den Unionsparteien vorgebrachten Pläne, die Sozialhilfe, die aufgrund des Arbeitsverbotes notwendig wird, in Naturalien auszuzahlen, werden von der hessischen Landesregierung zielstrebig in die Tat umgesetzt, obwohl sie in der betreffenden Bundestagsdebatte von den Rednern der Koalitionsparteien mit gekonnter Empörung zurückgewiesen worden waren.

Mittlerweile haben sich die Frankfurter Stadtführung (CDU) und die hessische Landesregierung (SPD/FDP) gemeinsam bei der Bundesregierung dafür verwandt, Maßnahmen zu überlegen, mit deren Hilfe man die politischen Flüchtlinge gleich wieder ins nächste Flugzeug verfrachten könne.

So ist man auf die Idee gekommen, Flüchtlinge, deren Flugkarte beispielsweise das Reiseziel London ausweist und die eine Zwischenlandung in Frankfurt zum Antrag auf politisches Asyl nutzen, gleich wieder ins Flugzeug zu setzen.

Auch die bayrische Landesregierung hat sich bereits mehrmals an den Bund gewandt mit der Aufforderung, weitere Abschiebungen nach Zirndorf zu unterbinden und stattdessen im ganzen Bundesgebiet Sammellager zur Internierung politischer Flüchtlinge zu errichten.

Angesichts der Tatsache, daß SPD und FDP zunehmend die von ihnen selbst zurückgewiesenen Pläne von CDU und CSU zu verwirklichen beginnen, trumpfte der bayrische Innenminister groß auf. Die Bundesregierung solle schleunigst aktiv werden, „anstatt die Vorschläge Bayerns und der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Eindämmung der Flut von Scheinasylanten als inhuman und verfassungswidrig zu diffamieren.“

Gegenwärtig überbieten sich Bund, Länder und Gemeinden gegenseitig, in immer neuen Formen verfassungswidrige und inhumane Praktiken gegenüber den politischen Flüchtlingen zu erproben.

Und so ist es noch äußerst milde formuliert, wenn amnesty international erklärt: **„Die derzeitige Entwicklung der Bundesrepublik ist in höchstem Maße besorgniserregend, da sie das Grundrecht politisch verfolgter Ausländer auf Aufnahme, Schutzgewährung und menschenwürdige Behandlung in seinen Grundfesten zu erschüttern droht.“**

OB Katzor (SPD) ist Vorreiter

ESSEN. — Im Mittelpunkt der öffentlichen Asylrechtdiskussion steht der Frankfurter Asylstopp des Frankfurter Oberbürgermeisters Wallmann vom 2. Juli 1980. Doch Wallmann machte nur das, was ihm sein sozialdemokratischer Amtskollege Katzor bereits am 30. März vorexerziert hat.

Von der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen, hatte der Essener Oberbürgermeister wegen „Geldmangels“ die Stadt für Ausländer schließen lassen. Vorher allerdings war unter seiner Regie das höchste, komfortabelste, größte und vor allem teuerste Rathaus ganz Westdeutschlands entstanden. Übrigens lenkte Katzor nur auf die SPD gestützt die Geschicke der Stadt, die FDP blieb bei der letzten Kommunalwahl auf der Strecke.

Neuer Todesfall in Stuttgart

Schwarzfahrer starb in Stammheimer U-Haft

STUTTGART. — Wie erst jetzt bekannt wurde, starb am Donnerstag, den 26. Juni ein 24jähriger Untersuchungshäftling nach einem schweren Asthmaanfall im berüchtigten Gefängnis Stuttgart-Stammheim, das bereits durch die berühmten „Selbstmorde“ Schlagzeilen machte. Der junge Mann saß ein — wegen Schwarzfahrens!

Der erwerbslose Einzelhandelskaufmann wurde unmittelbar nach seiner Entlassung aus dem Plochinger Kreiskrankenhaus nach Stammheim eingeliefert. **Den Jusitzbehörden war das schwere Asthmaleiden bekannt!** Während des Erstickungsanfalls hatten die Mithäftlinge zu lärmen angefangen: „Helft ihm! Er bekommt keine Luft mehr!“ Doch reagiert hat niemand. Stuttgart-Stammheim hat ein weiteres Opfer gefordert.

Sechs Wochen schon war der Asthmakranke wegen Schwarzfahrens inhaftiert, schon das ist Skandal genug. Weder der zuständige Sozialarbeiter war informiert worden, noch die Angehörigen. Der Tod des Einzelhandelskaufmanns erfüllt den Tatbestand der **fahrlässigen Tötung.** Zu Recht steht der Freiburger Rechtsanwalt N. Müller auf dem Standpunkt, daß der Schwarzfahrer aufgrund seiner Krankheit gar nicht hätte eingeliefert werden dürfen.

Der tragische Vorfall zeigt in erschreckender Klarheit, mit welch mörderischem Apparat wir es bei der westdeutschen Strafjusitz zu tun haben. Terrorurteile und Isolationsfolter sind lediglich die Spitzen, die sich gegen politisch unliebsame Häftlinge richten mit dem Ziel ihrer psychischen und mitunter auch physischen Vernichtung. Doch sie sind längst nicht mehr die einzigen, die das Durchlaufen der Mühlen der Justiz mit dem Leben bezahlen müssen.

Nachdem in der berüchtigten Bochumer Krümmede der Selbstmord eines Kindes Aufsehen erregte, verläßt nun ein wegen einer strafrechtlichen Bagatelle ins Gefängnis gesperrter junger Mann als Toter die Haftanstalt. Der Terror steckt im System!

Schreibtischmörder in Aktion

Levent Begen an die Türkei ausgeliefert

STUTTGART. — Der antifaschistische Türke Levent Begen war aus einem türkischen Gefängnis geflohen. Gegen ihn lief ein Verfahren wegen einer Schießerei mit den faschistischen Grauen Wölfen. Mit einem gefälschten Paß konnte er sich in die Bundesrepublik absetzen. Mitte Mai wurde er auf Anweisung des Stuttgarter Oberlandesgerichts an die Türkei ausgeliefert, wo er laut Rechtsanwältin Ursula Röder „martialische Folter, wenn nicht den Tod“ zu erwarten habe.

Der Abschiebung in die Türkei war ein Auslieferungsverfahren vorausgegangen. Ursula Röder hatte auf schwere Folterungen hingewiesen, die ihr Mandant bereits in türkischen Gefängnissen erlitten hatte. Das Stuttgarter Oberlandesgericht weigerte sich jedoch, in die Beweisaufnahme einzusteigen: „Soweit der Verfolgte schließlich geltend macht, in türkischen Gefängnissen wieder gefoltert zu werden, fehlt es an jedem glaubwürdigen Anhalt für die Richtigkeit dieser Behauptungen“ (Beschluß des 3. Strafsenats vom 13. März).

Daß dies nichts als eine dreiste Lüge zur Bemäntelung der Komplizenschaft des Gerichts mit den Folterknechten des ultrarechten Demirel-Regimes ist, beweist die Tatsache, daß zahlreiche prominente Politiker wie etwa Willy Brandt (SPD) einen Aufruf zur Rettung des zum Tode verurteilten Erdal Eren unterzeichnet haben, in dem die zahlreichen Folterungen und politischen Morde in der Türkei verurteilt werden.

Erst nachdem Frau Röder auf eine Erklärung der Istanbuler Rechtsanwaltskammer hingewiesen hatte, die feststellt: **„daß in unserem Land gefoltert wird und viele Aussagen in Untersuchungshaft durch diese Foltermethoden zustandekommen“**, beschloß das Gericht am 13. Mai, seinen Abschiebungsbeschluß von einer Auskunft des Bundesjustizministeriums abhängig zu machen. Nachdem das Ministerium bei der westdeutschen Botschaft in Ankara angefragt hatte, erfolgte die Auskunft: „Der Botschaft ist kein Fall bekanntgeworden, in dem ein aus einem Drittland eingelieferter türkischer Staatsangehöriger in einem hiesigen Gefängnis mißhandelt oder dadurch sogar zu Tode gebracht worden ist.“

Daraufhin wurde Levent Begen in die Türkei ausgeliefert. Seine Spur hat sich in den türkischen Folterkellern verloren.

Die westdeutsche Justiz, die sich vor Jahren schon traurige Berühmtheit durch die Abschiebung zahlreicher Schah-Gegner in die Hände des SAVAK erwarb, ist sich selber treu geblieben.

Freislers Blutrichter leben unbehelligt in Westdeutschland

VVN/BdA erstattet Mordanzeige gegen Nazi-Richter

„Was damals rechtens war, kann heut' nicht unrecht sein“

FRANKFURT. — Gegen neun Mitglieder des berüchtigten faschistischen „Volksgerichtshof“ hat die Vereinigung der Verfolgten des Naziremiges/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) Strafanzeige wegen Mordes gestellt. Dem Leitenden Staatsanwalt bei der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Verfolgung von NS-Verbrechen wurden Beweise vorgelegt, aus denen hervorgeht, daß die neun angezeigten Richter an mindestens 359 Todesurteilen mitgewirkt haben.

Schon in den 50er und 60er Jahren waren zahlreiche Anzeigen gegen Vertreter der Nazi-Justiz erstattet worden. Doch alle daraufhin eingeleiteten Ermittlungsverfahren wurden bald schon wieder eingestellt — nach dem bekannten Filbinger-Grundsatz: „Was damals rechtens war, kann heut' nicht Unrecht sein.“

Gemäß diesem skandalösen Leitsatz wurde nach 1945 die westdeutsche Justiz reorganisiert. Die Nazi-Richter, die im Auftrag Hitlers mordeten, hatten ja nur „ihre Pflicht getan“, sie wurden als korrekte Beamte behandelt und bekleideten wieder hohe Ämter.

Acht der neun durch die VVN/BdA angezeigten Mitglieder des Volksgerichtshofs haben bereits eine glänzende Karriere im westdeutschen Justizwesen hinter sich.

Im einzelnen wurden angezeigt: **Dr. Wilhelm Grendel (Celle), Dr. Eduard Gunz (München), Dr. Vilmar Hager (Usingen), Dr. Konrad Höher (Köln), Dr. Heinz-Günther Lell (Westberlin), Dr. Gerd Lenhardt (Neuwied), Otto Rathmeyer (Landshut), Dr. Paul Reimers (Bremen), Edmund Stark (Ravensburg).**

Berufsverbote werden verschärft (2. Teil)

„Was uns als Liberalisierung verkauft wurde, war nichts als Schwindel"

Haben die „Grundsätze" der Bundesregierung vom Januar letzten Jahres eine Liberalisierung der Berufsverbote bewirkt? Dieser Frage geht der RM in einer dreiteiligen Artikelfolge nach. In der letzten Ausgabe wurde dargestellt, daß trotz einiger Kampferfolge, die erzielt werden konnten, die reaktionäre Praxis der Berufsverbote ungehemmt weitergeht. Die CDU/CSU-regierten Bundesländer halten ohnehin weiter daran fest, daß alle Bewerber für den öffentlichen Dienst vom Verfassungsschutz routinemäßig überprüft werden („Regelanfrage"). Aber auch bei den Bundesbehörden und in den SPD/FDP-regierten Ländern findet die Bespitzelung von Angehörigen oder Bewerbern des öffentlichen Dienstes nach wie vor statt.

Das Entscheidende bei der Beurteilung der Berufsverbotspraxis in den letzten anderthalb Jahren ist natürlich die Tatsache, daß auch die „Grundsätze" von 1979 nichts am reaktionären Kern des Radikalenerlasses geändert haben: unter eindeutigem Bruch der Verfassung bleibt der gesamte öffentliche Dienst auch weiter ein Bereich, über den ein politisches Sonderrecht verhängt ist; den hier beschäftigten Werktätigen werden faktisch Grundrechte aberkannt — sofern ihre Gesinnung nicht mit der offiziell erwünschten übereinstimmt. Die staatlichen Organe — darunter vor allem die Geheimdienste — haben nach wie vor die Möglichkeit und die Aufgabe, eine breit angelegte Gesinnungsschnüffelei zu entfalten mit dem Ziel, den öffentlichen Dienst von solchen Kräften zu säubern, die dem Bonner Staat nicht in bedingungsloser und aktiver Treue ergeben sind.



In diesem Zusammenhang ist es wohl angebracht, die erwähnten — und im Grundgesetz garantierten — Grundrechte zu zitieren. Da ist einmal der Artikel 3 Abs. 3, in dem festgestellt wird: „Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden." Dann in bezug auf den öffentlichen Dienst der Artikel 33:

„(1) Jeder Deutsche hat in diesem Land die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.

(2) Jeder Deutsche hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte.

(3) Der Genuß bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte, die Zulassung zu öffentlichen Ämtern, sowie die im öffentlichen Dienst erworbenen Rechte sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnis. Niemandem darf aus seiner Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem Bekenntnis oder einer Weltanschauung ein Nachteil zuwachsen."

Soweit also das Grundgesetz. Angesichts der gesellschaftlichen Realität in diesem Land wirken die hier angeführten Passagen natürlich wie ein Hohn — nicht nur in bezug auf die Berufsverbote. Gerade der Artikel 3 Abs. 3 wird wahrlich täglich mit Füßen getreten. Und angesichts dieser Realität enthüllen sich die in der Verfassung verkündeten Grundrechte als ein schöner Schein, der den eigentlichen Kern dieser Verfassung überglänzen soll: den Schutz des bürgerlichen Eigentums, den Schutz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Diese grundsätzliche Tatsache entbindet uns natürlich nicht von der Aufgabe, um die Erhaltung bzw. Verwirklichung jedes einzelnen Rechts zu kämpfen.

Reaktionäre „Treuepflicht" für Beamte

Und das gilt besonders für die Berufsverbote. Denn hier hat — wie schon dargestellt — der Radikalenerlaß von 1972 ganz offen Grundrechte außer Kraft gesetzt, indem er von den Angehörigen des öffentlichen Dienstes eine bestimmte Gesinnung verlangte. Und das Bundesverfassungsgericht — im Biegen, Zurechtstutzen oder auch Brechen der Verfassung geübt — hat diesen reaktionären Vorstaß nicht nur für rechtens erklärt, sondern auch noch weiter konkretisiert. Es ist bezeichnend für den Charakter der angeblichen Liberalisierung der Berufsverbote, daß sich die Bundesregierung in ihren „Grundsätzen" vom vorletzten Januar ausdrücklich auf dieses berüchtigte Urteil des Verfassungsgerichts beruft. Darin werden die Beamten auf eine „Treuepflicht" gegenüber dem Staat festgelegt und es wird von ihnen verlangt:

„Die Treuepflicht gebietet, den Staat und seine geltende Verfassungsordnung, auch soweit sie im Wege einer Verfassungsänderung veränderbar ist, zu bejahen. (...) Die politische Treuepflicht fordert mehr als nur eine formal korrekte, im übrigen uninteressierte, kühle, innerlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung; sie fordert vom Beamten insbesondere, daß er sich eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanziert, die diesen Staat, seine verfassungsmäßigen Organe und die geltende Verfassungsordnung angreifen, bekämpfen und diffamieren. Vom Beamten wird erwartet, daß er diesen Staat und seine Verfassung als einen hohen positiven Wert erkennt und anerkennt, für den einzutreten sich lohnt (...). Der Staat (...) muß sich darauf verlassen können, daß der Beamte in seiner Amtsführung Verantwortung für diesen Staat, für ‚seinen' Staat zu tragen bereit ist, daß er sich in dem Staat, dem er dienen soll, zu Hause fühlt — jetzt und jederzeit (...)".

Diese Ausführungen lassen für die Vertreter des bürgerlichen Staates nichts zu wünschen übrig. Mit einer solchen Auslegung der „Treuepflicht" läßt sich — je nach der politischen Lage — der öffentliche Dienst nicht nur von den sogenannten Verfassungsfeinden säubern, sondern auch von all denen, die sich nicht energisch genug gegen die „Verfassungsfeinde" abgrenzen bis hin zu denen, die sich in diesem Staat nicht „zu Hause fühlen". Man kann sich leicht vorstellen, wie sich ein Regime der weiteren Verschärfung der Faschisierung dieses Instruments bedienen würde, wenn man etwa die einschlägigen Äußerungen eines Strauß studiert.

Angriff gegen das Parteienprivileg

Noch in einem weiteren — für die heutige Berufsverbotspraxis wesentlichen — Punkt ist im Gefolge des Radikalenerlasses die Verfassung gebrochen worden. Das betrifft die Einführung des Begriffs „Verfassungsfeind" in die Rechtsprechung und seine Verbindung mit der Mitgliedschaft in legalen Parteien und Organisationen. Wie am Anfang unseres Artikels festgestellt, bildet auch heute — nach der sogenannten Liberalisierung des Radikalenerlasses — die Mitgliedschaft in einer kommunistischen (oder sich kommunistisch nennenden) Partei den fast ausschließlichen Grund für die Ablehnung von Bewerbern, beziehungsweise für die Heraussäuberung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Wobei jeweils angeführt wird, die betreffende Partei und damit eben auch ihr Mitglied wären „verfassungsfeindlich".

Dazu noch einmal das Grundgesetz: „Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. **Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.**" (Artikel 21, Abs. 2)

Nun hat ja das Bundesverfassungsgericht bekanntlich weder die Verfassungswidrigkeit unserer Partei noch irgendeiner der revisionistischen Parteien und Organisationen festgestellt, was gleichbedeutend mit einem Verbot wäre. Das liegt nun natürlich nicht an einem etwa fortschrittlichen Charakter dieses Gerichts, sondern hat seinen Grund in politischen Erwägungen der herrschenden Klasse und ihres Staates, auf die wir in diesem Zusammenhang nicht eingehen können. Tatsache ist aber, daß die Parteien in diesem Land ein sogenanntes Parteienprivileg haben, ein sehr zweifelhaftes „Privileg" natürlich, nach dem ihre Verfassungswidrigkeit nur vom Bundesverfassungsgericht festgestellt werden kann.

So entschied das Bundesverwaltungsgericht im Jahr 1973 denn auch verfassungskonform, als es in Sachen Berufsverbote feststellte, „daß sich vor dem Verbot einer Partei niemand zum Nachteil eines Angehörigen des öffentlichen Dienstes darauf berufen kann, die noch nicht verbotene Partei sei verfassungswidrig oder setze sich jedenfalls nicht für die bestehende demokratische Staatsauffassung ein." **Das bedeutet: Die Mitgliedschaft in einer kommunistischen (oder sich kommunistisch nennenden) Partei kann nicht als Begründung für ein Berufsverbot herangezogen werden.**

Nur zwei Jahre später — also 1975, im Jahr des schon erwähnten BVG-Urteils — erklärte das gleiche Gericht: „Das Bekenntnis zu den Zielen einer (nicht verbotenen) politischen Partei, die mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unvereinbar sind, und erst recht der aktive Einsatz für diese Ziele machen den Beamtenbewerber — ebenso wie körperliche Behinderung oder intellektuelle Unfähigkeit — lediglich untauglich für den Beamtendienst."

Hier wird also das oben angeführte Urteil in sein genaues Gegenteil verkehrt! Ein eindrucksvolles Beispiel für die angebliche Unabhängigkeit der Gerichte, die sich in Wahrheit nur an den jeweiligen Interessen der herrschenden Klasse ausrichten. Und dieses Interesse bestand im Rahmen der verschärften Faschisierung Mitte der siebziger Jahre eben darin, die genannten Parteien unter Umgehung des BVG (und damit durch Bruch der Verfassung) für „verfassungsfeindlich" erklären zu lassen, um eine leichtere Handhabung bei der Säuberung ihrer Mitglieder aus dem öffentlichen Dienst zu haben.

Wer entscheidet über die „Verfassungsfeindlichkeit"

Alle obersten Gerichte dieses Staates beeilten sich, diesen Forderungen, die von der Bourgeoisie und ihrer Regierung an sie herangetragen wurden, zu genügen. Allen voran das BVG selbst, das auf sein im Grundgesetz verankertes Recht, allein über die „Verfassungswidrigkeit" von Parteien zu entscheiden, verzichtete. Unter der Fülle von Urteilen, die von obersten Gerichten in diesem Sinne gefällt wurden, soll hier nur noch eines angeführt werden. Es stammt vom Bundesarbeitsgericht und ist in zweierlei Hinsicht bedeutsam. Zum einen sind die Arbeitsgerichte in Berufsverbotsfällen dann zuständig, wenn es sich bei den Bewerbern oder Angehörigen des öffentlichen Dienstes nicht um Beamte, sondern um Arbeiter beziehungsweise Angestellte handelt. Und das Urteil zeigt, daß man hier mit der reaktionären und verfassungswidrigen Berufsverbotspraxis gegen Beamte längst gleichgeschlossen hat. Zum anderen gibt das BAG-Urteil auch einen bezeichnenden Aufschluß darüber, wer denn nun — bei der Ausschaltung des BVG — sich anmaßen soll, über die „Verfassungsfeindlichkeit" von Parteien zu entscheiden.

Das Bundesarbeitsgericht also stellte fest: „Über die Eignung (eines Bewerbers) entscheidet die Einstellungsbehörde. Sie braucht den Bewerber nur einzustellen, wenn sie von seiner Eignung überzeugt ist." Weiter wird erklärt, „daß die Einstellungsbehörde den Bewerber auch nach Mitgliedschaften und Aktivitäten in solchen Organisationen fragen darf, deren Ziele sie (!) als verfassungsfeindlich beurteilt."

Es ist also völlig der Willkür der jeweiligen Behörden anheimgestellt, welche Organisationen sie mit dem Etikett „verfassungsfeindlich" belegen, um deren wirkliche oder angebliche Mitglieder aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen. Auch dieser Verfassungsbruch, diese offene Mißachtung des Parteienprivilegs ist vom BVG für rechtens erklärt worden. Das Bundesverfassungsgericht forderte ausdrücklich „von der politischen Verantwortung der Regierung", daß diese die verfassungsfeindlichen Kräfte benennen solle. So sind es denn letztlich die ausführenden Staatsorgane selbst, die Regierungen auf Bundes- und Länderebene, die festlegen, was jeweils als „verfassungsfeindlich" zu gelten hat.

Und in diesem Sinne sind dann die jährlichen „Verfassungsschutzberichte", die im selbst von den Parlamenten nicht einsehbaren Untergrund der staatlichen Geheimdienste zusammengestellt werden, direkte Handlungsanweisungen sowohl für die Einstellungsbehörden wie auch für die Gerichte, wie in Sachen Berufsverbote zu verfahren sei. Und so ist es dann auch kein Wunder, daß in Bayern — wo im „Verfassungsschutzbericht" auch demokratische Initiativen wie das hauptsächlich von SPD-Mitgliedern getragene PDI aufgelistet werden — auch Sozialdemokraten vom Berufsverbot betroffen sind.



Bundesverfassungsgericht — geübt im Verfassungsbruch

Im nächsten RM werden wir auf die Duldung von Faschisten im öffentlichen Dienst eingehen. Weiter werden die jüngsten Berufsverbotsfälle im Bereich der Bundesbehörden untersucht, die entgegen allem Gerede von der angeblichen Liberalisierung eine deutliche Verschärfung der Praxis der Berufsverbote darstellen.

Glosse zur Kostenexplosion im Gesundheitswesen

„Speisung der ausgezehrten Ärzte mit Erbsensuppe"

Leserzuschrift aus Karlsruhe

Als im Gesundheitswesen Beschäftigte dachte ich bislang, die hohen Kosten in diesem Bereich liegen an den paradiesischen Verdiensten der niedergelassenen (Zahn-) Ärzte, an den phantastischen Gewinnen der pharmazeutischen und Medizingeräteindustrie. Nun weiß ich aber, daß ich ein Opfer der Polemik gegen die bescheidenen Ärzte und die verantwortungsbewußte Pharmaindustrie geworden bin. Beschämt muß ich feststellen: Meine Naivität war grenzenlos.

Stieß ich doch kürzlich beim Aufräumen des Wartezimmers auf einen kopierten Auszug der renommierten Ärztezeitschrift „status", den mein Arbeitgeber zur Bildung der wartenden Patienten bereitlegte.

Abgebildet das Konterfei von Dr. Hanns Meenzen, in Denkerpose, mit gefurchter Stirn, bezeichnet als „frei" und „engagiert". Welch kaltes Grausen packte mich, als ich las, daß unsere bundesdeutschen Ärzte und Zahnärzte nicht mehr kostendeckend arbeiten können!

Vergessen die Wut über meine Arbeitslosigkeit letztes Jahr, als ich einer billigeren Auszubildenden Platz machen mußte. Vergessen auch die Wut über mein Tarifgehalt im 10. Berufsjahr von brutto DM 1 646,-. Was ist das schon gegen die Selbstlosigkeit der Ärzte, die Tag für Tag arbeiten und dafür noch Geld zulegen müssen.

Eine verstohlene Träne des Mitleids versiegte im weißen Kittel, und ich las gefaßt weiter. Und war den Übeltätern schon auf der Spur: Die Krankenkassen sind es, die sich im vertrauensärztlichen Dienst „lösen vom traditionellen Mißtrauen und Kontrolldenken", sagte Dr. Meenzen. Und die, die kassenärztliche Versorgung nicht mehr „an der unteren Grenze des Vertretbaren orientieren, sondern sich umgekehrt dem jeweiligen Stand der ärztlichen Wissenschaft und Praxis und ihrer Leistungen anpassen."

Meine Erfahrung, daß wegen der gesteigerten Arbeitshetze, der Angst um den Arbeitsplatz und der Umweltverschmutzung immer mehr Menschen erkranken, muß ich nun auch als irrig erkennen, denn Dr. Meenzen weiß, daß die Zahl der abgerechneten Krankenscheine von 1970 bis 1977 von jährlich 182 Millionen auf 260 Millionen stieg, nicht, weil mehr Kranke da sind, sondern weil die Kassen sich veranlaßt sahen, „die Palette ihres Angebots geradezu werbend anzupreisen."

„Nicht genug damit", sagt Dr. Meenzen. Und wirklich, es ist schon bodenlos von den Kassen, „die Zahnärzte zu zwingen, die gesamte Prothetik zu Fixgebühren zu liefern."

Unglaublich auch, daß die Kassen für die Berufsunfähigen das Rehabilitationsausgleichsgesetz tragen müssen.

Unerhört auch, daß für Krebsvorsorgeuntersuchungen 1977 1,1 Milliarden DM mehr verpulvert wurden.

Auch die Mehrkosten von 500 Millionen DM für Beratung zur Empfängnisverhütung und für ärztliche Hilfe bei Sterilisation und Schwangerschaftsabbruch sind schuld an der „Kostenexplosion."

Überzeugend und in seiner Einfachheit genial sind nun die rechnerischen Vorschläge des freien und engagierten Dr. Meenzen:

Weg mit den Mehrleistungen

	in Milliarden DM
im Krankenhaus	4,5
für Zahnersatz	3,2
für Rehabilitation	0,7
für Schwangerschaftsabbruch und Sterilisation	0,5
für Krebsfrüherkennung	1,1
Summe	10,0 Milliarden DM

Sicher geht es ihnen, lieber Leser, wie mir: Fassungslos starre ich auf die Summe von 10 Milliarden DM, Rechenergebnis einer atemberaubenden Logik. Natürlich, so einfach ist die Lösung: Würden sie bei schlechteren Krankenhäusern nicht versuchen, erst Mal zu Hause zu bleiben, in der Hoffnung, auch so gesund zu werden?

Können sie es verantworten, daß Zahnärzte mittlerweile soweit sind, Sozialhilfe zu beantragen, nur weil sie nicht zahnlos leben wollen?

Wenn sie bei ihrer Arbeit den rechten Arm verlieren, so ist das doch ihre Schuld. Warum sollte ihnen denn eine Umschulung bezahlt werden?

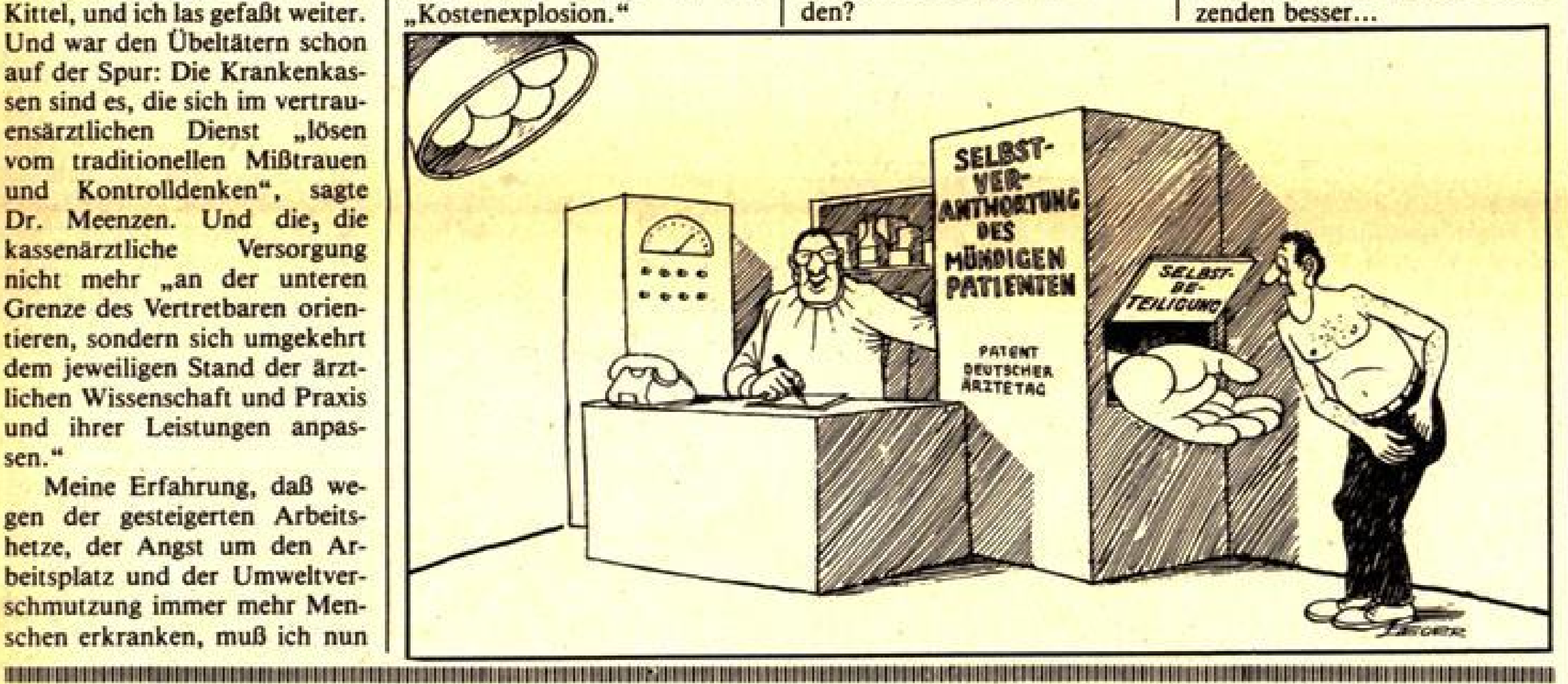
Und euch Frauen möchte ich sagen: Empfängnisverhütung und Schwangerschaftsabbruch ist nicht nur gottlos, sondern einfach zu teuer. Und wenn sie mehr Kinder in die Welt setzen würden, so könnten wir auch die 1,1 Milliarden DM für Krebsvorsorge sparen. Wir hätten natürlichen Zugang und — nun ja — natürlichen Abgang.

Ich jedenfalls kann es nicht länger mit ansehen, daß mein ärztlicher Arbeitgeber nicht mehr kostendeckend arbeiten kann.

Ich fordere deshalb:

- **1. Sofortige Streichung aller unnötigen Ausgaben für die Patienten in Höhe von DM 10 Milliarden.**
- **2. Bereitstellung dieser Summe für höhere Abrechnungen der niedergelassenen (Zahn-) Ärzte.**
- **3. Einfrieren des Arzthelferinnengehaltes auf das 1. Berufsjahr = brutto DM 1 294,-**
- **4. Und als Sofortmaßnahme: öffentliche kostenlose Speisung der ausgezehrten Ärzte mit Erbsensuppe.**

Und wenn ihre Zeitung meine Vorschläge nicht abdruckt, wende ich mich an den „Bayernkurier"; vielleicht gefallen sie dem großen Vorsitzenden besser...



Berichtigung

Kann die SPD Strauß verhindern?

Unter diesem Titel haben wir im letzten RM einen längeren Artikel veröffentlicht, bei dem im Abschnitt „Allianz gegen die Werktätigen" durch eine technische Panne mehrere Zeilen vertauscht wurden. Zur Berichtigung drucken wir den genannten Abschnitt hier noch einmal ab.

Allianz gegen die Werktätigen

Hier muß wiederholt werden, was oben schon gesagt wurde. Es geht nicht um die Person des Franz Josef Strauß. Es geht um den Vorstoß der aggressivsten und reaktionärsten Kräfte des Finanzkapitals. In der Rechnung dieser Kräfte ist Strauß nur ein Posten, allerdings ein wichtiger, weil er ihre Absichten uneingeschränkt durchzusetzen verspricht. Den Hintergrund für diesen Vorstoß bildet die auch von der Bourgeoisie erwartete Verschärfung der Klassenkämpfe in den achtziger Jahren auf nationaler und internationaler Ebene. Und die Frage muß doch dann so gestellt werden, wie sich die SPD-Führung gegenüber diesem Vorstoß verhält. Sie vertritt heute — wie wir gesehen haben — die Interessen des Kapitals, und sie wird sich erst recht dann nicht auf die Seite der Arbeiterklasse und der Werktätigen stellen, wenn sich die Klassenkämpfe in einem Maße verschärfen, daß die Herrschaft der Bourgeoisie gefährdet ist.

Heute bestehen zwischen der SPD-Führung und den Strauß-Leuten bekanntermaßen Differenzen in nahezu allen politischen Fragen. Aber das sind nur taktische Widersprüche im Rahmen der bürgerlichen Politik. Diesen Rahmen selbst jedoch wird die SPD-Führung aufgrund ihrer Klassennatur niemals sprengen. **Und das bedeutet eben auch, daß sie sich dem Vorstoß der reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des Finanzkapitals, daß sie sich der weiteren Faschisierung und schließlich der Errichtung einer neuen faschistischen Diktatur nicht ernsthaft entgegenstellen wird.**

Unbewiesene Behauptungen? Sehen wir uns doch nur an, wie sich die SPD-Spitze gegenüber Strauß, dem Einpeitscher des Kurses auf ein neues 33, verhält. Die Führer der Sozialdemokratie haben mit Strauß in einer Regierung gesessen und gemeinsam mit ihm die Notstandsgesetze durchgebracht — die legale Ermächtigung für die Errichtung einer faschistischen Diktatur. Noch 1974 hat Herbert Wehner die Möglichkeit einer neuen Großen Koalition mit der Strauß-Partei öffentlich angekündigt. Helmut Schmidt hat den CSU-Chef nach dessen Kanzlerkandidatur als seinen Wunschgegner bezeichnet und immer wieder den angeblichen demokratischen Charakter dieses Mannes herausgestrichen. Konsequenterweise hat die SPD-Führung in den letzten Monaten auch alles unternommen, um die Massenbewegung gegen Strauß und die von ihm repräsentierte Politik zu lähmen und zu unterbinden.

Das ging bekanntlich bis zu dem ausdrücklichen Verbot für alle Parteiorganisationen, sich an irgendwelchen Anti-Strauß-Aktionen zu beteiligen. **Besonders gefährlich für die Zukunft unseres Volkes sind in diesem Zusammenhang die Versuche sozialdemokratischer DGB-Führer, auch innerhalb der Gewerkschaften den Kampf gegen Strauß zu ersticken — bei gleichzeitigen Zugeständnissen an dessen Politik.** So sollen gerade die Gewerkschaften, die umfassendsten Massenorganisationen der Arbeiterklasse, als Basis des Kampfes gegen ein neues 33 ausgeschaltet werden. Bei all dem kommt wahrhaftig keine prinzipielle Gegnerschaft der SPD-Führung gegenüber Strauß und dem von ihm vertretenen Programm zum Ausdruck. Deutlich wird hier vielmehr das, was man in Bonn gerne die „Solidarität der Demokraten" nennt — soll heißen: die klassenmäßige Allianz aller bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterklasse und das Volk.

Leserbrief zum Thema: ELBE 1

„Kritik hilfreich"

Im „Roten Morgen" 25/80 vom 20. Juni besprachen wir die neue Platte von „Elbe 1": „Neue LP aus Hamburg: ‚Alles frei erfunden"", gezeichnet Ju. Der Artikel hat ein erfreuliches Leserecho gefunden. Im folgenden drucken wir einen Leserbrief aus Hamburg ab.

Ich meine, daß Kritiken im „Roten Morgen", dem Zentralorgan der Kommunistischen Partei, für engagierte Musiker, Theatergruppen, Kabaretts, Schriftsteller, Filmemacher usw. usf. sehr wichtig sind. Aus eigener Erfahrung in Laientheater- und Kabarettarbeit weiß ich, welche Unsicherheit oft darüber besteht, ob die neue Szene, der Dialog, die Strophe, die man gerade erstellt hat, auch wirklich den Kern trifft. Hat man vielleicht zu stark auf den Putz gehauen, oder lauert gar der Opportunismus im Schlußakkord? Stimmt mit anderen Worten auch die Linie — oder warum klatschen nur die Spontis? Hat man nur allgemein Bekanntes geschildert, oder führt das Stück weiter? Ist das Thema Schnee von gestern, oder steckt vielleicht Sektierertum hinter allem?

Gut also, daß der RM gleich die neue LP von ELBE 1 auf fast einer ganzen Seite kommentiert. Richtig finde ich auch die positiven Aussagen, daß es wirklich wenige Gruppen gibt, die so klare Sprache sprechen bei fundierten Kenntnissen der Lage der Arbeiterklasse, der Jugendlichen etc. wie ELBE 1. Richtig ist auch die Anmerkung, daß das Lied „40 Jahre später" nicht das Niveau erreicht zum Beispiel vom „Eidelstedt-ist-weit-entfernt"-Song oder gar dem „Anders-Maersk"-Stück. Aber wo gibt es schon eine LP, die vom ersten bis zum letzten Lied aus Hits besteht? Trotzdem ist die Kritik an diesem Stück hilfreich. Schwach und sehr hergesucht wird jedoch das letzte Viertel der RM-Kritik. ELBE 1 hat das Lied „Von Tür zu Tür" schon öfters *life* gebracht und der Beifall gerade der Jugendlichen zeigte, daß wohl keiner von ihnen sich bzw. sein Freizeitvergnügen — hier den Discobesuch — verspottet sah. Gemeint ist doch, und deswegen muß meiner Meinung die „Discopassage" nicht „ersatzlos gestrichen werden" — sondern so drinbleiben — gemeint ist doch die „Travolta-Disco-Scheiße" — Disco als Ersatz — Disco, um die Ausbeutung in der Woche zu vergessen — Disco, wie sie also die Popper sehen, als Tribüne für neue und teure Klamotten usw. Lieber „ju.",mach doch mal auf die Probe aufs Exempel. Spiel Jugendlichen das Lied vor — mal sehen, was sie spontan äußern. Ich werde es auch mal machen. Ich meine, die Kritik geht hier voll daneben.

Der Rest der RM-Kritik klingt dem Schreiber selbst schon etwas spitzfindig („Es mag spitzfindig klingen, aber..."). Ich meine, es klingt nicht nur — es ist. Oder gibt es einen RM-Leser, der nicht selbst schon mal von „brutalen Knüppeleinsätzen" gesprochen hat? Der Kritiker meint jedoch, das sei nicht nur eine unnötige Überlastung, sondern sogar eine Abschwächung der Aussage. Dem kann ich nicht folgen. Ich meine, das ist genau unsere Sprache — die Sprache der Werktätigen — Sprache von Genossen mit Wut im Bauch.

Wichtiger meinen ich — als mit Verlaub gesagt Wortklauberei — ist in einer „Roten-Morgen"-Kritik doch die Untersuchung, ob in dieser neuen LP von ELBE 1 die Gewerkschaftsbonzen oder die SPD, die Revis oder die Grünen usw. gut wegkommen. In der ersten LP wurde in den Liedern: „Da gewöhn' wir uns nicht dran" und „Das tut was dazu" noch sehr direkt „friedenspflichttreuen" Betriebsräten und Bonzen Zunder gegeben. Klar, heute kann es ELBE 1 besser, fundierter — aber warum ist diesmal nichts mit drin — zum Beispiel nichts zur Aussperrung? Nicht, daß ich der Meinung wäre, ELBE 1 wäre zahmer geworden — es ist sogar sicher, daß die Texte, die Anklagen schärfer und präziser geworden sind. (Nebenbei bemerkt: Schärfe wird durch Deftigkeit nicht ersetzt, so in ihrer Strophe über Strauß im Lied: Hollahiaho. Mit der tiefschürfenden Aussage: „(...) um in die Scheiße zu greifen, ist er der richtige Mann!" erntet man natürlich Gelächter, aber das Image von Strauß läßt sich auch wirkungsvoller untergraben. (Dieses Lied ist ja auch nicht auf der Platte, wird aber bei jedem Auftritt gebracht.) Aber Kritik hin — Lob her, ich habe jedenfalls schon zehn Abnehmer für eine ELBE-1-LP. Ihr auch?

Ein Leser aus Hamburg



Revolution im Iran (Februar '79)

Carters gescheiterter Putsch im Iran

„Khomeiny ermorden lassen"

TEHERAN/WASHINGTON. — Auf dem Höhepunkt des Volksaufstands gegen das Schahregime in den ersten beiden Monaten des vergangenen Jahres hat ein amerikanischer General die Mordtruppen der Konterrevolution im Iran geleitet. In Carters Auftrag versuchte er, einen Militärputsch zu organisieren, um die Revolution der Massen im Blut zu ersticken.

Diese Tatsachen ergeben sich aus verschiedenen Materialien, die in der letzten Zeit veröffentlicht wurden. Dabei handelt es sich zum einen um Dokumente aus der besetzten Teheraner US-Botschaft, die während der internationalen Konferenz über die Verbrechen des Schahregimes im Juni bekannt gemacht wurden. Zum anderen veröffentlichte die amerikanische Zeitschrift „Washington Quarterly" eine aufschlußreiche Untersuchung aus dem „Center for Strategic and International Studies".

Die Autoren dieser Untersuchung — Michael Ledeen und William Lewis — waren dabei keineswegs von dem Wunsch beseelt, die Verbrechen des amerikanischen Imperialismus am iranischen Volk aufzudekken und anzuklagen. Das Institut, für das sie tätig sind, ist vielmehr einer der „braintrusts", die überall in den Vereinigten Staaten für die Wall-Street-Herren arbeiten. Und die Fragestellung, unter der die Studie erarbeitet wurde, war denn auch: Wie konnte es geschehen, daß die USA „den Iran verloren"?

Die Autoren berichten über die Verwirrung, die der mächtige Aufstand des iranischen Volkes Ende 1978 in der amerikanischen Regierung ausgelöst hat. Zwei Möglichkeiten der Reaktion darauf wären diskutiert worden: Die sogenannten Falken — also die Vertreter eines harten Kurses um den Präsidentenberater Brzezinski — hätten für eine von Washington offen unterstützte militärische Niederschlagung des beginnenden Aufstands plädiert. Die sogenannten Tauben dagegen hätten nach anderen Lösungen gesucht, um das Gesicht des amerikanischen Imperialismus zu wahren. „Mitte Dezember 1978, wenn nicht sogar früher, hatten sich Falken und Tauben darauf geeinigt, daß der Schlüssel zur Lage im Iran bei den persischen Militärs lag. Die iranischen Streitkräfte mußten intakt bleiben, damit sich die Dinge dort in einer akzeptablen Richtung entwickeln konnten."

Dem US-Präsidenten Carter werfen Ledeen und Lewis Unentschlossenheit und Zaudern in dieser Situation vor. Aber: „Andererseits bestand kein Zweifel daran, daß etwas getan werden mußte, wenn man die iranischen Militärs als Schachfiguren behalten wollte." Noch im Dezember stimmte Carter dann der von Brzezinski schon lange geforderten Entsendung eines militärischen Sonderbeauftragten zu, der die Rolle eines direkten Instrukteurs der proamerikanischen „Schachfiguren" im Iran übernehmen sollte. „Fest steht auf jeden Fall, was der Berater für nationale Sicherheit [Brzezinski] mit der Entsendung eines führenden Beauftragten an die persischen Militärs erreichen wollte. **Die persischen Militärs sollten wissen, daß die USA nichts dagegen einzuwenden hätten, wenn der Schah mit eiserner Faust gegen die Opposition vorgeht.**"

Als Sonderbeauftragter wurde dann der General Robert E. Huyser ausgewählt, zu jener Zeit stellvertretender Kommandeur der amerikanischen Streitkräfte in Europa. Am 3. Januar 1979 flog Huyser — versehen mit einschlägigen Instruktionen — von seiner Residenz in Stuttgart nach Teheran. Bei seiner Ankunft in der iranischen Hauptstadt hatte sich Schah Pahlevi unter der Wucht der revolutionären Bewegung allerdings schon zur Flucht entschlossen. Die amerikanischen Imperialisten hatten zu dieser Zeit jedoch schon ein neues Eisen im Feuer: den Regierungschef Bakhtiar. Huysers erste Aufgabe in Teheran war es dann auch, die iranischen Generäle auf diese neue Kreatur Washingtons einzuschwören.

Wie die Untersuchung von Ledeen und Lewis zum ersten Mal bekanntmacht, hat sich Huyser in der Zeit vom 4. Januar bis zum 3. Februar täglich mit den proamerikanischen Generälen der iranischen Armee getroffen. **Und das bedeutet nichts anderes, als daß diese Armee auf dem Höhepunkt der Revolution, zu einer Zeit, da nahezu täglich Hunderte von unbewaffneten Demonstranten massakriert wurden, unter der unmittelbaren Anleitung eines hohen amerikanischen Offiziers gestanden hat, der im Auftrag von Carter und der hinter ihm stehenden Wall-Street-Bosse das Massenmorden organisierte.**

Huyser unternahm dabei alles, um die iranischen Generäle bei ihrem blutigen Handwerk anzufeuern und sie für Washington bei der Stange zu halten. Nach der hier zitierten Untersuchung war den iranischen Armeeführern schon im Januar die Angst vor den revolutionären Massen mächtig in die Knochen gefahren. „Huyser versprach den Generälen daher, die Regierung der Vereinigten Staaten würde mit entschlossenen Aktionen zu Hilfe eilen, sollte es zu gewalttätigen Aktionen auf das Bakhtiar-Regime oder auf militärische Einrichtungen kommen."

Was unter solchen „entschlossenen Aktionen" zu verstehen ist — darüber schweigen sich Ledeen und Lewis aus. Die Tendenz ihrer Studie ist es, Carter Unfähigkeit nachzuweisen und ihn für den „Verlust" des Iran verantwortlich zu machen. Bemerkenswert ist nun die Reaktion des Weißen Hauses auf diese Studie. Um die erwähnte Tendenz zu widerlegen, um zu zeigen, daß Carter durchaus in der Lage ist, die blutigen imperialistischen Interessen seiner Auftraggeber zu vertreten, gaben „führende Beamte" des Weißen Hauses gegenüber der Zeitung „New York Times" eine Erklärung ab, in der unverhüllt dargelegt wird, welche „entschlossenen Aktionen" Carter und Huyser in Teheran geplant hatten.

Wir zitieren im Wortlaut: „General Huyser, der nach Teheran geschickt wurde, als das Regime des Schahs zu schwanken begann, **bekam den Befehl, genaue Pläne für die Durchführung eines Militärputsches zu machen** (...). Als der Widerstand gegen die Regierung Bakhtiar sich verstärkte, gab Washington den Befehl, den Militärputsch in die Wege zu leiten. In Unterredungen mit Präsident Carter und Sicherheitsberater Brzezinski erklärte der General, daß er in der Lage sei, einen solchen Putsch innerhalb kürzester Zeit in Szene zu setzen. **Zweck war die Installierung einer Militärregierung, die Khomeiny und seine Mitarbeiter daran hindern sollte, die Macht im Iran zu übernehmen.**"

Huyser jedenfalls hatte sehr konkrete Vorstellungen davon, wie das zu bewerkstelligen sei. Um die Befehle aus Washington zu erfüllen, plante er unter anderem auch die Ermordung Khomeinys. Das geht aus einem Schreiben hervor, das in der Teheraner US-Botschaft gefunden wurde. Der Empfänger dieses Fernschreibens war übrigens niemand anders als der damalige NATO-Oberbefehlshaber General Alexander M. Haig. Huyser beantwortete in seinem Schreiben einige Fragen, die Haig ihm hinsichtlich des Vorgehens gegen die iranische Revolution gestellt hatte. **Dieser Briefwechsel ist ein eindeutiger Beweis, daß nicht nur die amerikanische Supermacht, sondern auch ihr Militärblock NATO an der versuchten Niederschlagung der iranischen Revolution beteiligt war.**

Auch Huysers Fernschreiben an Haig ist es wert, ausführlich zitiert zu werden. „(...) Die Aktionen, die ich vorantreibe, sind **Streikbruch durch Einsatz von Militär beim Zoll, bei der Ölförderung, bei den Banken.** Auf allen drei Gebieten haben wir Fortschritte gemacht (...). Ich habe Bakhtiar ermutigt, diese Schritte zu unternehmen. Er hat Bereitschaft gezeigt, aber ich würde gerne das Tempo beschleunigen. **Wenn das nicht klappt, müssen wir zu einer direkten militärischen Übernahme kommen.** Wie Du siehst, ist die Planung die gleiche, welchen Weg wir auch einschlagen (...). Der Punkt, den ich Washington klarmachen möchte, ist, daß das Militär nicht die Fähigkeiten hat, eine künstliche Regierung aufzubauen, daß viele Elemente außerhalb der Regierung hier einen richtigen Bürgerkrieg wünschen. **Eine gute Gelegenheit, das zu starten, wäre, Khomeiny zurückkehren und ermorden zu lassen.**"

Dieses Dokument spricht in seiner zynischen Offenheit wahrhaftig für sich. Es zeigt noch einmal in aller Deutlichkeit, daß der Schah und sein Nachfolger Bakhtiar tatsächlich nichts als Marionetten waren. Was unsere Partei, was die Antiimperialisten in aller Welt immer wieder gesagt haben — hier ist es von den Militärs, den Politikern und Wissenschaftlern im Dienst der Wall Street selbst bestätigt: **Verantwortlich für die ungeheuerlichen Verbrechen gegen das iranische Volk war unmittelbar und direkt der amerikanische Imperialismus, der im Blute dieses Volkes watete, um seine Profitquellen im Iran nicht zu verlieren.**

Mögen jetzt die verschiedenen Cliquen der herrschenden Klasse der USA und ihre Handlanger darüber spekulieren, welche politische oder militärische Figur die Verantwortung dafür trägt, daß all dies Blutvergießen nicht zu dem erwünschten Ziel geführt hat. Die entscheidende Antwort darauf hat die Geschichte schon gegeben. Für den 10. Februar 1979 hatten Carter, Brzezinski und Huyser ihren Militärputsch geplant. An diesem Tag jedoch gab es schon keine Armee mehr im Iran. Sie war unter dem Ansturm der revolutionären Volksbewegung auseinandergebrochen. Und die letzten Verbände, die sich diesem Ansturm noch entgegenstellten, wurden im bewaffneten Kampf zerschlagen.

(Hervorhebungen in den Zitaten jeweils von uns.)

Albanische Delegation bei der internationalen Konferenz in Teheran

TIRANA. — An der internationalen Konferenz gegen die Verbrechen des Schah-Regimes und gegen die amerikanische Einmischung in den Iran nahm auch eine Delegation aus Albanien teil. Die Parteizeitung „Zëri i popullit" veröffentlichte am 3. Juli einen Artikel des Delegationsleiters Professor Sofolkli Lazri.

Der Artikel bekräftigt die tiefe Solidarität des albanischen Volkes mit dem iranischen Volk, das das tyrannische Regime des Schahs gestürzt hat und sich auch heute der Komplotte und Intrigen der imperialistischen Mächte erwehrt. Professor Lazri stellt fest, daß während der Schah-Diktatur die Amerikaner das Gesetz im Iran gemacht haben und daß ihre Botschaft in Teheran die wirkliche Regierung des Landes war. Sie haben die iranische Armee zu einem Gendarmen für den Schutz ihrer Ölinteressen aufgebaut und die Terrororganisation Savak geschaffen, die über 60000 Menschen ermordet hat.

Die amerikanischen Oberherren haben sich unter dem Schutz dieses gewaltigen Unterdrückungsapparats sicher gefühlt, aber — so zitiert der Artikel den Genossen Enver Hoxha („Eurokommunismus ist Antikommunismus") — **„dies ist eine Erfahrung, die beweist, daß die Armee und die Polizei, so zahlreich und so gut bewaffnet sie auch sein mögen, nicht die Revolution aufhalten können, wenn das Volk sich in einem vereinten Block erhebt (...)".**

Professor Lazri führt die gegenwärtigen amerikanischen Aggressionen gegen den Iran an und streicht heraus, daß der amerikanische Imperialismus seine Versuche, in den Iran zurückzukehren, nicht aufgegeben hat. „Die Vereinigten Staaten führen einen nicht erklärten, aber realen Krieg gegen den Iran." In bezug auf Carters Demagogie mit den Geiseln in der Teheraner Botschaft, die als Begründung für die amerikanischen Aggressionen herhalten müssen, führt der Artikel aus, daß es die amerikanischen Diplomaten selbst waren, die gegen das internationale Recht verstoßen haben. Sie haben sich in die inneren Angelegenheiten des Iran eingemischt, Spionagetätigkeit und andere feindselige Aktivitäten ausgeübt. „Wie die gefundenen Dokumente jetzt bewiesen haben, ist die amerikanische Botschaft eine wahre Mafia gewesen, die organisierte Verbrechen verübt hat."

Professor Sofokli Lazri unterstreicht, daß die iranische Regierung völlig im Recht ist, wenn sie sagt, daß die Geiselfrage ein Teil einer umfassenderen Angelegenheit ist, nämlich der amerikanischen Aggression gegen den Iran. So sind auch die iranischen Forderungen vollständig berechtigt: die Auslieferung des Schahs und aller geraubten Vermögenswerte, das öffentliche Eingeständnis der gegen das iranische Volk begangenen Verbrechen durch die amerikanische Regierung, der Verzicht auf Druck und Drohungen gegen den Iran.

„Der gegenwärtige amerikanisch-iranische Konflikt", so heißt es am Ende des Artikels, „ist nicht ein Konflikt zwischen den beiden Ländern. **In seinem Wesen betrachtet, spiegelt er den allgemeinen Gegensatz zwischen Neokolonialismus und antiimperialistischer Revolution wider. Hier genau liegt auch die Bedeutung des Sieges der iranischen Revolution. Er ermutigt die anderen Völker, die vom Neokolonialismus unterdrückt werden und von ihm abhängig sind, sich im Aufstand zu erheben und das fremde Joch abzuwerfen.**"

Verschwörung zum Sturz von Khomeiny

TEHERAN. — Auch nach dem gescheiterten Putsch vom Februar 1979 haben die amerikanischen Imperialisten den Versuch nicht aufgegeben, den Iran wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Das — ebenfalls gescheiterte — Luftlandeunternehmen war ja ein deutlicher Beweise dafür.

Welcher Mittel sie sich bedienen, um von außen und von innen her in klassischer imperialistischer Manier die Lage im Iran zu „destabilisieren", zeigt der hier im Faksimile abgedruckte Brief des Präsidentenberaters Brzezinski an den amerikanischen Außenminister. Eine Kopie dieses Schreibens vom 6. August 1979 wurde in der Teheraner US-Botschaft gefunden. Hier eine auszugsweise Übersetzung:

„(...) Im Hinblick auf die Aktionen, die dazu bestimmt sind, die Entwicklungen im Iran zu beeinflussen, ist der Präsident der Meinung, daß sie in Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium, der CIA wie mit anderen Nachrichtendiensten und Behörden — wo nötig — ausgearbeitet werden sollten unter Berücksichtigung der Ansichten des Schahs, die er kürzlich bei den Beratungen geäußert hat. Der Präsident hat die Notwendigkeit betont, das Klima des Verdachts und des Mißtrauens zwischen dem Iran und seinen Nachbarn auszunutzen (...). Der Präsident betonte auch, daß es hinsichtlich der Unvorhersehbarkeit der künftigen Entwicklung im Iran ebenso wichtig sei, Kontakte mit den Führern aller politischen Strömungen und Organisationen ohne Ausnahme aufzunehmen — einschließlich der Minderheiten und der extremistischen Gruppen, die in der Lage sind, einen bewaffneten Aufstand gegen Khomeinys Regime zu provozieren (...).“



Vertraulicher Brief von Brzezinski an Vance.

In der letzten Folge unserer Serie wurden die Folgen der Verschärfung der internationalen Krisen auf das Bewußtsein der Bevölkerung in der Bundesrepublik dargestellt. Die allgemeine Kriegsfurcht ist beträchtlich gewachsen, und es gibt auch — wie eine Meinungsumfrage im Auftrag des Kanzleramts erwiesen hat — eine relativ breite antiamerikanische Stimmung. Weiter ging die letzte Folge der Serie auf die große Antikriegsbewegung in den 50er Jahren ein, an die es auch heute wieder anzuknüpfen gilt.

Sterben für die USA? (17. Teil)

Der wachsenden Kriegsgefahr begegnen!

Der Kampf für die Erhaltung des Friedens

Um den Kampf für die Erhaltung des Friedens ernsthaft zu führen, genügt es also nicht, die derzeitige Weltlage zu analysieren, auf das Wachsen der zwischenimperialistischen Widersprüche und damit verbunden der Weltkriegsgefahr hinzuweisen. Wir müssen, wie Stalin sagte, **„die Erhaltung des Friedens in" die „Hände nehmen und ihn bis zum äußersten verteidigen"**. Aber wie, das ist hier die Frage.

Eine unverbindliche Friedensbewegung bürgerlichen und revisionistischen Musters, die sich auf das Beten für die Erhaltung des Friedens, den pazifistischen Protest „gegen die Bombe" oder das Beschwören einer unrealistischen sogenannten Entspannungspolitik durch die Supermächte beschränkt, kann die Kriegsgefahr nicht herabsetzen noch den Frieden sicherer machen. Was wir tun müssen ist:

1. Eine Bewegung unter der Arbeiterklasse und anderen Teilen unseres Volkes für die Durchsetzung solcher, konkreter, Forderungen organisieren, die in ihrer Verwirklichung geeignet sind, den Kriegstreibern wirksam zu begegnen, die internationale Lage zu entspannen, die Kriegsgefahr herabzusetzen und den Frieden zu erhalten.
2. Unter den Werktätigen eine Aufklärungskampagne über die Ursachen und das Wesen der imperialistischen Kriege im allgemeinen und im besonderen des zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt drohenden durchführen.
3. In der Bundeswehr die Bildung antimilitaristischer Komitees fördern, deren Aufgabe es ist, neben der Vertretung der konkreten Forderungen der Soldaten, die Zersetzung der Bundeswehr in dem Sinne voranzutreiben, daß ihr Einsatz weder im Inneren gegen die für ihre Rechte kämpfende Arbeiterklasse noch im Äußeren anläßlich eines imperialistischen Krieges möglich ist.

Was heißt überhaupt imperialistischer Krieg? Die Kapitalisten versuchen den Menschen einzureden: Kriege hat es immer gegeben und wird es immer geben, das läge so in der menschlichen Natur. Es gäbe halt böse und kriegerische Menschen und Mächte, die die anderen friedliebenden überfallen. Und nicht wenige fallen auf diesen Schwindel herein.

Was hat es mit den Kriegen, die es praktisch seit dem Entstehen des Privateigentums und der Klassen gibt, auf sich? Bekannt ist der Ausspruch von Clausewitz, einem der berühmtesten Schriftsteller über die Philosophie und die Geschichte des Krieges, der lautet: **„Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln."** Damit wandte er sich bereits vor über 140 Jahren gegen obige Auffassungen, gegen das Vorurteil, daß man den Krieg von der Politik der Regierung, der Klasse, die ihn führt, loslösen könne, daß er nach dem Motto „Sie schlagen und vertragen sich" geführt werde.

Wie müssen wir als Kommunisten die Frage des Krieges stellen, wie müssen wir ihn einschätzen? Die grundlegende Frage dabei ist immer: **Um welcher Ziele willen wird dieser Krieg geführt, welche Klassen haben ihn vorbereitet und bestimmen seine Richtung.** Bekanntlich sind wir Marxisten-Leninisten nicht unbedingt Gegner eines jeden Krieges, vor allem nicht eines Krieges, der der Abschaffung der Kriege überhaupt dient. Es gibt gerechte und ungerechte, es gibt revolutionäre und reaktionäre Kriege, wobei letztere in der Mehrheit sind.

Landemanöver der US-Ledernacken. Ein Krieg zwischen den beiden Supermächten und ihren Blöcken wäre auf beiden Seiten ein ungerechter Krieg.

Gerechte und ungerechte Kriege

Nehmen wir den Krieg, den die französischen Volksmassen Ende des 18. Jahrhunderts — nachdem sie in ihrem Lande die Monarchie auf revolutionärem Wege gestürzt hatten — gegen das vereinigte monarchistische, rückständige, feudale und halbfeudale Europa führten, das ihr Land mit einem konterrevolutionären Krieg überzogen hatte. Nehmen wir die Völker der Sowjetunion, die — nachdem sie 1917 in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die Herrschaft der Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer gestürzt hatten — in den Jahren 1918 bis 1922 einen heldenhaften Krieg gegen die Intervention der kapitalistischen Entente-Mächte und Japans führten und die Eindringlinge aus ihrem Land vertrieben. Das waren seitens der Volksmassen gerechte, revolutionäre Kriege, während sie von seiten der Interventen reaktionäre, ungerechte Kriege waren. **Wie überhaupt jede, dem Fortschritt der Menschheit dienende Revolution, mit der sich eine Klasse von der Herrschaft einer anderen, sie unterdrückenden Klasse befreit, die gerechteste Sache der Welt ist.**

Oder nehmen wir den Kampf, die Kriege, mit denen sich die Kolonien gegen ihre imperialistischen Ausbeuter und Unterdrücker siegreich wehrten, die Kriege, in denen sich kleine und schwache Nationen gegen Ausplünderung und Erdrosselung durch die imperialistischen Großmächte wandten. Oder waren zum Beispiel der Unabhängigkeitskrieg, den die Amerikaner von 1775 bis 1783 gegen die Engländer; der Freiheitskampf, den das spanische Volk von 1936 bis 1939 gegen die von Deutschland und Italien unterstützten Francofaschisten; der Befreiungskrieg, den das algerische Volk von 1954 bis 1962 gegen die französischen Imperialisten; der langwierige Freiheitskampf, den das vietnamesische Volk nach dem zweiten Weltkrieg gegen die französischen, amerikanischen und chinesischen Imperialisten und Sozialimperialisten führte, oder der Kampf, den das afghanische Volk gegen die sowjetischen Sozialimperialisten führt, keine gerechten Kriege?

Sie waren und sind, wie auch die Befreiungskämpfe der afrikanischen und lateinamerikanischen Völker gegen Rassismus und die von den USA-Imperialisten ausgehaltenen faschistischen Oligarchien ihrer Länder, gerechte, revolutionäre Kriege. **Aber es gibt auch andere, ungerechte, der Unterjochung fremder Völker, der Eroberung fremder Länder dienende imperialistische, Eroberungs- und Interventionskriege.** Typisch für unsere Epoche ist der Weltkrieg, in dem sich zwei kapitalistische Wirtschaftsgruppen und Blöcke in ununterbrochener ökonomischer und machtpolitischer Rivalität gegenüberstehen. Wobei es natürlich Machtverschiebungen und Konstellationsänderungen gibt.

So war zum Beispiel der erste Weltkrieg ein typischer imperialistischer Krieg. Die ungleichmäßige Entwicklung der kapitalistischen Länder und die um 1900 beendete Aufteilung der Welt führten zur Verschärfung aller kapitalistischen Widersprüche und zum Kampf um die imperialistische Neuaufteilung der Welt. Der größte Gegensatz entstand zwischen dem bis dahin industriell an erster Stelle stehenden England und Deutschland, das durch seine sehr rasche Entwicklung die Vorherrschaft Englands bedrohte. Um beide bildeten sich Mächtegruppen: einmal die Mittelmächte Deutschland, Österreich-Ungarn und bis 1914 Italien sowie die Türkei und Bulgarien, zum anderen die Entente, der Dreiverbund aus England, Frankreich und Rußland sowie Japan und nach Kriegsbeginn Italien, das sein Bündnis mit den Mittelmächten brach.

Die Kriegsziele: Das imperialistische Deutschland verfolgte das Ziel, England und Frankreich Kolonien, Rußland die Ukraine, Polen und die Ostseegebiete zu rauben sowie seinen Einfluß im Nahen Osten zu vergrößern. Die Imperialisten Österreich-Ungarns wollten ihre Herrschaft auf der Balkanhalbinsel errichten. Das imperialistische England wollte seinen gefährlichsten Weltmarktkonkurrenten Deutschland ausschalten sowie Mesopotamien und Palästina erobern. Die Imperialisten Frankreichs wollten vor allem Elsaß-Lothringen und das Saargebiet gewinnen und ihre Herrschaft in Marokko festigen. Das imperialistische Rußland erstrebte die Aufteilung der Türkei und die Annexion der Dardanellen, Konstantinopels und Galiziens. **Und dafür hetzten sie mit Hilfe ihrer sozialdemokratischen „Vaterlandsverteidiger" die Arbeiter, die Werktätigen Europas gegeneinander.**

Zwei Blöcke gegeneinander

Und wie sieht es heute aus? Wir haben eine ähnliche Konstellation wie vor dem ersten Weltkrieg. Wieder stehen sich zwei Blöcke, zwei Mächtegruppen bis an die Zähne gerüstet gegenüber. Auf der einen Seite der von den USA angeführte Nordatlantikpakt, die NATO, und auf der anderen Seite der von der Sowjetunion geführte Warschauer Pakt. **Sowohl der USA-Imperialismus als der alte erfahrene Räuber als auch der sowjetische Sozialimperialismus als die aufstrebende, sich vortastende Supermacht haben ihr aggressives Wesen bewiesen.** Dieselbe Politik aber, die eine bestimmte Großmacht, eine bestimmte Klasse innerhalb dieser Großmacht lange Zeit hindurch vor dem Krieg verfolgt, setzt dieselbe Klasse unvermeidlich und unausbleiblich während des Krieges fort, wobei sie nur die Form ihres Handelns ändert.



Soldaten der vietnamesischen Befreiungsarmee. Der Krieg des vietnamesischen Volkes gegen die amerikanischen Imperialisten war ein gerechter Krieg.

Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. **Wenn also die von den USA geführte NATO, China und Japan einerseits und der von der Sowjetunion beherrschte Warschauer Pakt andererseits in Krieg miteinander geraten, so ist das ein ungerechter, reaktionärer, imperialistischer Krieg. Die Räuber kämpfen um die Beute, die Neuaufteilung der Welt.** Dabei spielt es keine Rolle, daß vielleicht der Warschauer Pakt kurzfristig in Europa einen Vorteil erringen kann, die USA und ihre Verbündeten aber langfristig am längeren Hebel sitzen. Eines aber ist heute schon klar: **Jede Seite wird Himmel und Hölle in Bewegung setzen, um ihren Werktätigen, ihren Völkern zu erklären, daß der Feind sie bedrohe, daß er als Aggressor bestraft werden müsse, daß er zum direkten Überfall bereitstünde oder schon in das eigene Land eingedrungen sei.**

Dabei spielt es in solch einem imperialistischen Krieg überhaupt keine Rolle, wer stärker und schwächer, wer wo eingedrungen ist, und in wessen Land „der Feind" steht. Das müssen wir als Marxisten-Leninisten den Menschen wieder und wieder erklären. Denn wie Lenin sagte:

„Ein Sozialist, ein revolutionärer Proletarier, ein Internationalist argumentiert anders: Der Charakter eines Krieges (ob er ein reaktionärer oder ein revolutionärer Krieg ist) hängt nicht davon ab, wer der Angreifer ist und in wessen Land der ‚Feind' steht, *sondern davon, welche Klasse* den Krieg führt, welche Politik durch diesen Krieg fortgesetzt wird. Ist der Krieg ein reaktionärer, imperialistischer Krieg, d.h. ein Krieg, der von zwei Mächtegruppen der imperialistischen, gewalttätigen, raubsüchtigen, reaktionären Weltbourgeoisie geführt wird, so macht sich jede Bourgeoisie (sogar die eines kleinen Landes) der Mittäterschaft am Raube schuldig, und meine Aufgabe, die Aufgabe eines Vertreters des revolutionären Proletariats, ist es dann, die *proletarische Weltrevolution* vorzubereiten als *einzige* Rettung vor den Schrecken des Weltgemetzels. Nicht vom Standpunkt ‚meines' Landes darf ich urteilen (denn so urteilt ein kläglicher Dummkopf, ein nationaler Spießer, der nicht versteht, daß er ein Spielzeug in den Händen der imperialistischen Bourgeoisie ist), sondern vom Standpunkt *meiner Teilnahme* an der Vorbereitung, der Propagierung, der Beschleunigung der proletarischen Weltrevolution."

Krieg dem imperialistischen Krieg

Daraus ergibt sich für uns auf einen Nenner gebracht die Aufgabe: erstens, zu versuchen, den Ausbruch eines dritten Weltkrieges mit allen nur denkbaren Mitteln zu verhindern, und zweitens, sollten wir ihn nicht verhindern können, ihn umzuwandeln in einen Krieg zum Sturz der herrschenden Klasse, zur Vernichtung des Imperialismus, zur Beschleunigung der Weltrevolution. Denn eines ist klar, man kann dem imperialistischen Krieg, der ihn unvermeidlich erzeugenden imperialistischen Welt nicht anders entrinnen, als durch die sozialistische Revolution. **Erst eine sozialistische Welt wird eine Welt ohne Kriege sein!**

Sicher wird es jetzt jemanden geben, der im Chor der Kapitalisten und ihrer Handlanger höhnisch sagt: „Von wegen, keine Kriege zwischen sozialistischen, zwischen kommunistischen Staaten..., das sehen wir ja an China und Vietnam, an der Sowjetunion und China, die in gegnerischen Weltlagern stehen." — Wir antworten ihnen darauf: **Einen Krieg zwischen sozialistischen, zwischen kommunistischen Staaten gibt es nicht, es sei denn, der eine von ihnen oder beide sind nicht sozialistisch, nicht kommunistisch.**

Es ist nun mal so — auch wenn die Kapitalisten es aus Zweckmäßigkeitsgründen beharrlich leugnen — die Sowjetunion, China und andere sind keine sozialistischen Länder mehr. In ihnen hat eine neue kapitalistische Bourgeoisie die Macht an sich gerissen und die Diktatur des Proletariats gestürzt. **Als Folge der kapitalistischen Entartung aber entarteten diese Staaten auch zwangsläufig zu imperialistischen, sozialimperialistischen (sozial in Worten, imperialistisch in Taten) Mächten.** Wäre dem nicht so, wäre die Sowjetunion heute noch ein sozialistischer Staat, ein Staat der Diktatur des Proletariats, dann wäre ein Krieg zwischen ihr und der vom USA-Imperialismus geführten NATO von ihrer Seite aus ein gerechter, ein — wie der zweite Weltkrieg — vaterländischer Verteidigungskrieg, und das Weltproletariat stünde an ihrer Seite. So aber ist sie wie der USA-Imperialismus eine zwar noch junge, nichtsdestoweniger aber imperialistische Macht.

Im nächsten RM:

Wie sieht nun die Lage in Deutschland, in beiden deutschen Staaten aus? Was können und müssen wir tun, um mit unseren zwar noch beschränkten Mitteln den Ausbruch eines dritten Weltkrieges zu verhindern?

Der Papst in Brasilien

Feldzug gegen den revolutionären Klassenkampf

Militärregime mit Papstbesuch zufrieden

BRASILIA.— Mit großer Spannung erwartet wurde in Brasilien der Besuch des Oberhauptes der katholischen Kirche. In der letzten Zeit — vor allem mit den Metallarbeiterstreiks von Sao Paulo — hatten sich die Klassenkämpfe dramatisch verschärft. Auch die Kirche war davon nicht unberührt geblieben. Der Papst — das war klar — mußte in der einen oder anderen Form Stellung beziehen.

Das brasilianische Militärregime des früheren Geheimdienstgenerals Figueiredo hatte sich unmittelbar vor der Ankunft von Wojtyla um ein liberales Aussehen bemüht. Eine Generalamnestie für alle Häftlinge mit Strafen bis zu vier Jahren wurde erlassen. Die Sache hatte nur einen Schönheitsfehler: Amnestiert wurden ausschließlich kriminelle, nicht aber politische Gefangene. Dennoch war der Papst schon bei seiner ersten Begegnung mit Figueiredo voll des öffentlich verkündeten Lobs über die angebliche Liberalisierungs- und Reformpolitik des Militärregimes.

Seinen großen Auftritt hatte Wojtyla dann in Rio. Er besuchte die Favela Vidigal, eines von 300 Elendsquartieren der Hafenstadt. Auch hier sorgte das Regime wieder für einen schönen Schein: Die Wege in der Favela wurde befestigt, Verschönerungsarbeiten vorgenommen; man palzierte sogar dekorativ eine Telefonzelle in dem Elendsquartier, obwohl es dort keinen Strom gibt. Der Papst nutzte den Aufenthalt in Vidigal, um sich zum Sprecher einer „Kirche der Armen" zu machen; er wetterte gegen die Reichen, die ihre Augen vor dem Elend verschließen würden usw. Also doch eine Stellungnahme für die Unterdrückten und Ausgebeuteten?

Anderntags in der Kathedrale von Rio wurde Wojtyla präziser. Hier sprach er hauptsächlich zu Bischöfen und anderen Funktionären seiner Kirche, und hier ging es darum, diese Kirche auszurichten und sie auf die vom Papst gewünschte Position zu verpflichten. Die Kernpunkte von Wojtylas Rede:

- Er wandte sich scharf gegen „vielfältige Strömungen, den Dienst des Priesters zu säkularisieren (verweltlichen - RM), so daß er eine lediglich philantropische (menschenfreundliche - RM) Bedeutung erhält."
- Wojtyla machte klar, daß es „nicht die Aufgabe der Kirche ist, Konflikte zu verschärfen und zu vertiefen."
- Wie der Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung" schrieb, „geißelte er vor den lateinamerikanischen Bischöfen jeden Einfluß der marxistischen Analyse und der Dialektik des Klassenkampfes auf die katholische Theologie."

Das war eine deutliche Kampfansage an die sogenannte Theologie der Befreiung, die der Papst schon im vergangenen Jahr auf der lateinamerikanischen Bischofskonferenz im mexikanischen Pueblo verurteilt hatte. Diese Theologie der Befreiung stellt den Versuch relativ breiter Schichten des Klerus in Lateinamerika dar, das Christentum mit einem Einsatz für die unterdrückten Massen, mit dem Kampf gegen Imperialismus und faschistische Regime in Einklang zu bringen. Darin drückt sich die Tatsache aus, daß der Klassenkampf auch die katholische Kirche erfaßt hat, daß Teile der Priesterschaft zunehmend gegen die Unterstützung der faschistischen Diktaturen durch die Kirchenhierarchie rebellieren.

In Brasilien zum Beispiel hatte im Februar sogar die Bischofskonferenz die internationalen Multis angeklagt und sie für die katastrophale wirtschaftliche Lage des Landes verantwortlich gemacht. Während der großen Metallerstreiks in der Region von Sao Paulo hatten Priester den Arbeitern die Kirchen für illegale Versammlungen geöffnet. Gegen solche für die Herrschenden gefährliche Tendenzen zog der Papst ins Feld. Immer wieder beschwor er die brasilianischen Priester, sich auf ihre „seelsorgerischen" Aufgaben zu beschränken und sich von den gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen der Werktätigen fernzuhalten.



Der Papst in Brasilien: „... jedes Land hat die Pflicht seine innere Sicherheit zu verteidigen."

Aus „Vanguardia Obrera"

Und das war auch die Botschaft, die er bei seinen großen Massenkundgebungen unter die Leute zu bringen versuchte. Immer deutlicher wurde der reaktionäre Charakter der von ihm propagierten „Kirche der Armen." Denn sie verlangt eine stille Demut, sie orientiert auf die verlogene Perspektive des Hoffens auf Almosen. Die Reichen müßten — so Wojtyla — von sich aus Anstrengungen unternehmen, um das Elend der Armen zu mildern. Und so war es nur konsequent, daß der Papst bei allen Massenkundgebungen den Klassenkampf verurteilte, daß er „Gewalt und Zwietracht" verdammte und ein „soziales Zusammenleben ohne Schocks und Brüche" forderte.

Die Vertreter der Militärdiktatur waren mit diesem Einsatz von Wojtyla vollauf zufrieden. General Figueiredo sah seine Hoffnung bestärkt, daß der Besuch des Papstes die faschistische „Politik der Eintracht zwischen den Brasilianern" (sprich: die gewaltsame Unterdrückung des Klassenkampfes) stärken würde. Ein anderes Mitglied des Militärregimes erklärte, der Auftritt von Wojtyla würde „die marxistische Infiltration in der brasilianischen Kirche neutralisieren." Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß auch als „fortschrittlich" bekannte Bischöfe wie etwa Helder Camara die Ergebnisse der Papstreise begrüßten.

Es gab jedoch auch andere Stimmen. Mehr als tausend Priester und Bischöfe aus Brasilien und anderen lateinamerikanischen Ländern schickten dem Papst einen offenen Brief, in dem sie sich zum revolutionären Kampf bekannten und ihre Mitwirkung an radikalen gesellschaftlichen Änderungen als „unumgänglich notwendig" bezeichneten. Die reaktionäre Kirchenhierarchie — so hieß es in diesem Brief — sei mitverantwortlich an den Massenmorden, die in Lateinamerika im Namen des Christentums begangen würden.

Erstes Treffen zwischen Carter und Hua

„Zwei zueinander passende Freunde"

USA festigen Positionen in Ostasien

TOKIO.— Am Rande der Begräbnisfeierlichkeiten für den früheren japanischen Regierungschef Ohira fand das erste Treffen zwischen Carter und dem chinesischen Staats- und Parteichef Hua statt. Wenn über den konkreten Inhalt der Gespräche auch nichts bekanntgegeben wurde, so betonten beide Seiten doch die nahezu völlige Übereinstimmung in allen Fragen der Weltpolitik.

Sowohl Carters Sprecher Powell wie auch die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua betonten die „herzliche Atmosphäre" der Gespräche; Xinhua feierte das Treffen als Begegnung „zweier zueinander passender Freunde." Zueinander passen sie wahrhaftig — der Vertreter der amerikanischen Supermacht und der Chef der chinesischen Sozialimperialisten. Sie haben — wie von amerikanischer Seite offen dargelegt wurde — im asiatisch-pazifischen Raum gemeinsame strategische Interessen.

Was den amerikanischen Imperialismus angeht, so ist er vor allem durch die iranische Revolution, die ihn seiner wichtigsten Bastion im Mittleren Osten beraubt hat, schwer angeschlagen worden. Um so dringlicher ist für ihn, seine Positionen im östlichen Asien und im pazifischen Raum zu festigen, um diese Region fest unter seiner Kontrolle zu halten. Und hier hat er in den Pekinger Führern Allierte gefunden, die im Bestreben, ihren eigenen Einfluß in diesem Raum auszudehnen, mit der amerikanischen Supermacht paktieren.

Carter und Hua waren in Tokio bemüht, ihrem Pakt einen rein defensiven Anstrich zu geben. Man wolle gemeinsam der sowjetischen Expansion „die Stirn bieten". Tatsächlich jedoch sind sowohl Washington wie auch Peking bemüht, ihren Einfluß auf die Länder der Region immer weiter auszudehnen und deren Völker zu versklaven. Wenn es sein muß, auch mit Gewalt, mit nackter militärischer Aggression. So ist es denn auch kein Zufall, daß zu der gleichen Zeit, wo Carter und Hua zusammentrafen, chinesische Regierungsvertreter damit drohten, Vietnam „eine neue Lektion zu erteilen." Beide Seiten rüsten gegenwärtig gemeinsam das faschistische Militärregime in Thailand auf; beide Seiten finanzieren bewaffnete Banden in Kambodscha — Washington die faschistischen „Freien Khmer", Peking die Pol-Pot-Terroristen.

Wenn Carter und Hua auch bestritten haben, daß eine militärische Allianz zwischen ihren Ländern bestünde, so ist diese Allianz in den letzten Monaten doch zu einer unbestreitbaren Tatsache geworden. Washington hat die früher bestehenden Waffenexportverbote aufgehoben und liefert jetzt in großem Umfang sogenannte nichttödliche Waffen nach China: Hubschrauber, schwere Lastwagen, elektronische Ortungs-, Navigations- und Leitsysteme. Das Peking die „tödlichen" Waffen selbst produzieren kann, hat es erst im Mai mit dem Start von zwei interkontinentalen Atomraketen bewiesen. Woran es den Pekinger Militaristen mangelt, das ist die hochentwickelte Elektronik für ihre Vernichtungswaffen. Und genau die wird ihnen jetzt von den amerikanischen Rüstungskonzernen geliefert.

Die konterrevolutionäre Allianz zwischen Washington und Peking entwickelt sich nicht nur zu einer immer drohenderen Gefahr für die Völker im asiatisch-pazifischen Raum, zumal Tokio in diese Allianz eingebunden ist. Durch ihre bedenkenlosen militärischen Aggressionen — wie etwa den chinesischen Überfall auf Vietnam — schürt diese Allianz darüber hinaus in gefährlicher Weise die Kriegsgefahr.

Erfolge für polnische Arbeiter

WARSCHAU.— Geringe Lohnerhöhungen für die polnischen Arbeiter hat Parteichef Gierek unter dem Eindruck der massiven Streikkämpfe gegen die Teuerung ankündigen müssen. Seine Ansprache im polnischen Fernsehen war zugleich eine Bankrotterklärung der revisionistischen Wirtschaftspolitik. Es sei nicht möglich, so Gierek, die Inflation einzudämmen. Auch Versorgungsengpässe ließen sich künftig nicht vermeiden. Der Parteichef beschwor die Arbeiter, sich mit den geringen Lohnerhöhungen zufriedenzugeben, denn die Arbeiter müßten zumindest einen Teil der massiven Teuerungswelle tragen.

Sowjetische Kampfhubschrauber auch in Äthiopien

MASSAUA.— Die gepanzerten Kampfhubschrauber vom Typ Mi 24, mit denen die russischen Besatzer in Afghanistan Raketenangriffe gegen „widerspenstige Dörfer" fliegen, haben sich in den Augen der Moskauer Militärs offenbar bewährt. **Jetzt sollen diese Hubschrauber auch in Äthiopien eingesetzt werden, wo das von Moskau abhängige Militärregime einen blutigen Krieg gegen das Volk von Eritrea führt.** Die ersten Mi 24 sind jetzt im Hafen von Massaua am Roten Meer eingetroffen. Geflogen werden sie von sowjetischen und kubanischen Piloten.

US-Admiral: „NATO ist überlegen"

WASHINGTON.— Die in den USA und bei uns betriebene regierungsamtliche Propaganda einer angeblichen Unterlegenheit der NATO gegenüber dem Warschauer Pakt wurde jetzt von dem pensionierten US-Konteradmiral Gene la Roque widerlegt.

Danach ist die NATO dem Warschauer Pakt praktisch in allen Bereichen überlegen. **Der Studie zufolge gab die NATO im vergangenen Jahr mindestens 215 Milliarden Dollar für Rüstung aus, der Warschauer Pakt dagegen 175 Milliarden.** Auch in früheren Jahren hätten die Rüstungsausgaben der NATO die des Warschauer Paktes übertroffen. Auch in der Zahl der Atomwaffen, erklärte La Roque, sei die Sowjetunion der NATO unterlegen.

Afghanistan: Sowjetischer Rachefeldzug

KABUL.— Offenbar als Vergeltung für einen Partisanenangriff auf ein sowjetisches Militärlager, bei dem die Besatzer hohe Verluste erlitten, haben starke sowjetische Verbände das Kohdamantal nördlich von Kabul aufgerollt.

Bei der Vergeltungsoperation wurden unter anderem Panzer, Kampfflugzeuge und gepanzerte Hubschrauber eingesetzt. Drei Tage lang dauerte die Militäraktion der Besatzer. Mehrere Dörfer wurden dabei aus der Luft mit Raketen angegriffen. Die Verluste der Zivilbevölkerung gehen in die Hunderte.

In der vergangenen Woche waren mehrere Straßen in der Nähe der sowjetischen Botschaft in Kabul mit Transparenten gegen die Besatzer überspannt. Ein Zeichen dafür, daß auch in der Hauptstadt der Widerstand nicht zerschlagen werden konnte.

Die von Breschnew mit großem Propagandaaufwand angekündigte Verminderung der Besatzungstruppen in Afghanistan entpuppt sich immer mehr als eine Umgruppierung der sowjetischen Streitkräfte. An die Stelle der abgezogenen Einheiten treten immer mehr bewegliche Verbände, die für den Guerillakrieg ausgebildet sind. Diese Umgruppierung kann jedoch nur bedeuten, daß sich die Besatzungstruppen noch stärker direkt am Kampf gegen die Partisanen beteiligen werden.

VW/Südafrika: Neuer Streik?

UITENHAGE.— Drei Wochen lang standen die 3 500 Arbeiter der südafrikanischen VW-Filiale im Streik für eine Lohnerhöhung. Der Arbeitskampf verursachte für den Multi aus Wolfsburg einen Produktionsausfall von über 50 Millionen Mark. Seit letzter Woche wird wieder gearbeitet. Damit ist jedoch der Kampf nicht abgeschlossen. VW hat sich vielmehr zu Verhandlungen bereiterklärt. Sollten die nicht zu einem annehmbaren Ergebnis führen, soll der Streik nach dem Willen der Gewerkschaften fortgesetzt werden.

Im Vordergrund stand bei dem Streik die Forderung der Arbeiter nach einer Erhöhung des Mindestlohns von 1,15 Rand auf 2 Rand pro Stunde. Ein Rand entspricht etwa 2,30 Mark, wobei betont werden muß, daß die Lebenshaltungskosten in Südafrika genauso hoch sind wie bei uns. Insofern ist der Mindestlohn auch völlig unzureichend und ebenso ist es ein nackter Hohn, wenn das rassistische Regime als Existenzminimum für eine Familie die Summe von 171 Rand pro Monat festgelegt hat. Genau an dieser Summe orientieren sich jedoch die Kapitalisten bei der Festlegung der Mindestlöhne der schwarzen Arbeiter.

Dementsprechend streben die Gewerkschaften, die den Streik bei VW geführt haben, auch die Beseitigung der verfälschten Festlegung des Existenzminimums und damit einen Monatslohn an, der bei ungefähr 468 Rand liegen würde. Während des Streiks ist Dr. Casserini, der stellvertretende Sekretär der Internationalen Metallarbeiter-Föderation (IMF) nach Uitenhage gereist, um die dortigen schwarzen Gewerkschaften zu beraten. Er machte dabei Äußerungen, die ein bezeichnendes Bild auf den VW-Konzern werfen — und auf Eugen Loderer, der zugleich IMF-Vorsitzender und Aufsichtsratsmitglied bei VW ist.

Casserini erklärte, es sei unvorstellbar, daß in einem Land mit solch wirtschaftlichem Reichtum wie Südafrika überhaupt ernsthaft über derartige Löhne verhandelt würde. **Zudem wurde bei der VW-Konzern in den unteren Lohngruppen noch nicht einmal den ohnehin schon unzulänglichen Mindestlohn zahlen.**

Die Gewerkschaften wollen — wie gesagt — bei einem Scheitern der Verhandlungen weiterstreiken. Die Streikkassen sind jedoch völlig aufgezehrt. Internationale Solidarität ist also dringend erforderlich. Und hier ist ja wohl vor allem Aufgabe der IG Metall, die südafrikanischen Gewerkschaften zu unterstützen.

Judenhetze im Bistumsblatt

Monsignore Holocaust

Der Antisemitismus ist heute, mehr als 35 Jahre nach Auschwitz, noch immer nicht ausgerottet. Im Gegenteil: diese bluttriefende Rassenideologie, dieser konzentrierte Ausdruck moderner Barbarei, treibt, weiterwuchernd, immer neue Blüten. Und es sind nicht nur altgesottene Faschisten, nicht nur Neonazis, die diese Mörderideologie wieder salonfähig zu machen suchen — nein: Der Antisemitismus grinst mit Silberblick auch hinter den dicken Brillengläsern beispielsweise eines katholischen Monsignore hervor, der in der Bischofsstadt Würzburg des Bischofs Hauspostille redigiert.

Monsignore Helmut Holzapfel, Chefredakteur des „Würzburger Katholischen Sonntagsblatts" veröffentlichte in der Zeitung eine Artikelserie unter dem Titel „Die Zeitgeschichte holt uns ein". In den Artikeln setzte er sich auch mit den Juden auseinander und kommt zu dem Schluß, daß die Juden „in Deutschland wie in der Welt" quasi mitschuldig gewesen seien an ihrem Schicksal während der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland und Europa.

„Viele Juden", schreibt der Monsignore, „vor allem in Osteuropa, waren religiös und moralisch entwurzelt und suchten, mit Pornographie, mit üblen Theater- und Kinostücken Geld zu verdienen — nicht anders als unsere heutigen Illustriertenbosse. Sie schwammen auf der Oberfläche einer morbiden Gesellschaft und führten ein Leben in Saus und Braus, während das Volk, das deutsche Volk, darbte." Im Umsturz der bestehenden Verhältnisse schließlich, im Anarchismus und Bolschewismus, hätten viele Juden ihr Heil gesehen; der Vater des modernen wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx, sei ein deutscher Jude gewesen.

Monsignore Holzapfel

Antisemitismus und Antikommunismus — diese beiden finsteren Auswüchse und Perversionen menschlichen Geistes, die im Nationalsozialismus ihre Synthese fanden; sie finden ihre Synthese wieder in den Worten des bischöflichen Hofschreibers aus Würzburg. Holzapfel spekuliert mit der Dummheit seiner Leser, er jongliert mit den übelsten Vorurteilen und den abgedroschensten Phrasen der nazistischen Propaganda — ohne daß ihm jedoch wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß der Prozeß gemacht wird.

Holzapfel möchte die mörderische Ideologie des Antisemitismus gesellschaftlich rehabilitiert sehen. „Der Jude steht heute sozusagen unter Denkmalschutz", jammert der geistliche Arier in seinen Artikeln. Und er besitzt sogar die unerhörte Frechheit, in einem Brief an die israelische Kultusgemeinde sich folgendermaßen zu beklagen: „Es ist doch Tatsache, daß heute eine antisemitische Äußerung schon eo ipso den Tatbestand einer Strafverfolgung nach sich zieht, trotz der vielbemühten Presse- und Meinungsfreiheit in unserer Demokratie."

Die Auslassungen des klerikalen Schmierfinks, die wir hier nur in einer kleinen Auswahl wiedergeben können, stellen nicht nur eine Beleidigung der Juden, der Opfer und Überlebenden des Holocausts dar. Sie sind eine Beleidigung und Herausforderung aller Antifaschisten — auch derjenigen katholischen Christen, die im Widerstand gegen das Mordregime der Nazis und die NS-Judenpolitik ihre Freiheit und ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben.

In der Schrift des Monsignore Holocaust ist viel von Moral die Rede, sie trieft vor Entrüstung über angeblichen moralischen Verfall. Die Schrift ist jedoch selbst Ausdruck tiefster menschlicher Verkommenheit. Nach ihrem Erscheinen im „Würzburger Katholischen Sonntagsblatt" gab der Monsignore die Artikelserie in gebundener Form als Broschüre heraus — zur Feier seines 65. Geburtstages.

Der Würzburger Bischof übrigens sah bis heute keinen Anlaß, sich von der Judenhetze seines Chef-Schreibers zu distanzieren...

Für eine „Rosa- Luxemburg-Schule"



Entlang des Zaunes der 1. Oberschule im Westberliner Bezirk Wilmersdorf wurde jetzt der Wunschname „Rosa-Luxemburg-Schule" auf den Bürgersteig gemalt. Nach einhelligem Beschluß aller Schulgremien hatte die Elternvertretung die Namensgebung gefordert. Schulsenator und Bezirksamt aber wischten die Forderung der Eltern einfach vom Tisch. Jetzt soll die Schule den Namen Otto Suhr erhalten, eines Westberliner Bürgermeisters aus der Zeit des Kalten Krieges.

Siemens-Schmiergelder

In der Bestechungsaffäre um die Auftragsvergabe für das Wiener Allgemeine Krankenhaus, an dem seit 15 Jahren gebaut wird, und das das größte Europas werden soll, ist es zu neuen Verhaftungen gekommen: Außer einem früheren Direktor der Krankenhausverwaltung wurden nach Angaben der Staatsanwaltschaft zwei leitende Mitarbeiter der Siemens AG Österreich verhaftet. Sie stehen unter dem Verdacht, rund 1,4 Millionen Mark Schmiergelder gezahlt zu haben.

Damit zeigt sich erneut, daß Bestechung und Betrug zu den gängigen Geschäftspraktiken der großen Konzerne gehören. Wie Lockheed — so Siemens.

Neue Entlassung wegen „Stoppt-Strauß"-Plakette

Wegen Tragens einer „Stoppt-Strauß"-Plakette am Arbeitsplatz hat jetzt auch ein Unternehmer in Stolberg bei Aachen einen 31jährigen Chemiefacharbeiter, der gleichzeitig Betriebsratsmitglied war, fristlos entlassen. In dem Kündigungsschreiben berief sich die Firmenleitung auf das Betriebsverfassungsgesetz, das jede politische Betätigung untersagt. Der Betriebsrat stimmte mit knapper Mehrheit dieser politischen Entlassung zu. Der Chemiefacharbeiter aber ist nicht bereit, diese Kündigung hinzunehmen; er will Klage beim Aachener Arbeitsgericht einreichen. Seine Gewerkschaft, die IG-Chemie, hat ihm Unterstützung zugesagt.

Auch das noch!

„Dringend gesucht — 14 alte Fernsehbildröhren — (einheitliches Format 59 x 29) zur Wiederherstellung einer nicht als solchen erkannten und deshalb irrtümlicherweise in die Schuttdeponie abtransportierten Skulptur der Plastikausstellung."

Anzeige aus dem „Bieler Tagblatt".

•

Ist Ihr
Sohn Sozialist
oder gar Kommunist?
Erfolgreiche Einzelüberzeugung.
Bekehrung zur Marktwirtschaft garantiert.
Angebote unter HJ 1648 an Handelsblatt, Postfach 1102, 4 Düsseldorf

Anzeige aus dem „Handelsblatt"

Angriffskrieg aus dem Schrank?

Mit einem Freispruch endete der Prozeß gegen den Journalisten Paul C. Martin, der sich vor der Staatsschutzkammer des Kölner Landgerichts wegen „Aufstachelung zum Angriffskrieg" verantworten mußte. Martin hatte im Juli 1979 in seiner „Basis-Wirtschaftsinformation des Monats" gefordert, die Ölfelder des Nahen Ostens zu besetzen, falls es zu einem Lieferboykott komme. Nach Ansicht der Kammer konnte damit nur ein Angriffskrieg gemeint sein, an dem auch die Bundesrepublik Deutschland beteiligt wäre. Daß es trotzdem nicht zu einer Verurteilung gekommen sei, begründete der Vorsitzende damit, daß die Bezieher des Blattes, kapitalkräftige Abonnenten, „nicht zu den Kreisen gehören, die das Gewehr aus dem Schrank holen, um Krieg zu machen."

Sie schießen nicht selbst, das ist richtig. Aber sie lassen schießen — und sie haben die Macht dazu.



Tips

Sonntag, 20. Juli, 23.10 Uhr, ARD
Kritik am Sonntagabend. 1933 - 1945: Widerstand der Literatur? — Gespräch mit Jörg Drews, Axel Eggebrecht, Walter Fabian, Rolf Hochhuth. Leitung Jürgen Lodemann.

•

Montag, 21. Juli, 20.20 Uhr, Südwest III
Karl Valentin und Liesl Karlstadt: Ein verhängnisvolles Geigensolo.

•

Dienstag, 22. Juli, 21.30 Uhr, ZDF
Den Himmel versprochen — die Hölle verkauft. — Bericht von Georg Mertensmeier und Ericht Krenek über pakistanische Asylbewerber in der BRD.

•

Dienstag, 22. Juli, 20.05 Uhr, Südwest III
Figuren aus dem Bauernkrieg (3). Jörg Ratgeb — Maler zu Stuttgart und Kanzler der Bauern.

•

Mittwoch, 23. Juli, 18.30 Uhr, West III
Barbara Kellerbauer (1) — Alte und neue Lieder. — Im Frühjahr 1979 war die in Ostberlin beheimatete Barbara Kellerbauer, Schlagersängerin und Brecht-Interpretin, auf Tournee durch die BRD. Ihr Auftritt in Saarbrücken wurde aufgezeichnet. Im ersten Teil singt Barbara Kellerbauer neue und alte Lieder aus den „Carmina burana". Der zweite Teil, der am Donnerstag gesendet wird, enthält Lieder, Balladen und andere Texte von Brecht.

•

Donnerstag, 24. Juli, 18.30 Uhr, West III
Barbara Kellerbauer (2) — Lieder Balladen und andere Texte von Bertolt Brecht.

•

Donnerstag, 24. Juli, 19.15 Uhr, West III
Der Drache ist kein Schutzpatron — Thailand im Indochinakonflikt. — Der Dokumentarfilm von Joachim Schröder liefert angesichts der Krisensituation in Südostasien bestimmt interessantes Tatsachenmaterial.

•

Freitag, 25. Juli, 16.20 Uhr, ARD
Widerstand im 3. Reich — es gab nicht nur den 20. Juli. 2. Teil: Jugend. — Bericht von Paul Karalus über die Geschichte der „Edelweißpiraten" aus Köln.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92

4800 **Bielefeld** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **Bochum**, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 5[illegible], geöffnet: Di, Do u. Fr [illegible]-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **Dortmund** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 83 23 [illegible], geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 44 30 14

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Droge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611 / 77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 **Freiburg,** Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **Hannover,** Parteibüro der KPD, Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr, Tel.: 0721 / 84 84 08.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 [illegible] 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 55 49 56, geöffnet: Di und Fr 17-18.30 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089 / 26 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 **Nürnberg,** Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 16-18 Uhr, Sa 11-13 Uhr.

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 10-13 Uhr.